

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis dreimonatlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., vierteljährlich 2.50 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntag-Nummer mit Illustration 10 Pf., Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Post-Abonnement: 1.50 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Belegungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausgabe

Die Interfusions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelleite oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Berathungs- und Besprechungs-Angehörige 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das istgebundene Wort 30 Pf., (zwei 2 getriebene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlagsamt-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 21. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Prinzip und Organisation.

Ein als Kriegsinvalide aus den Schützengräben vor Dpern zurückgekehrter Parteigenosse schreibt uns:

In dieser für uns so ungeheuer kritischen Zeit denkt jedes Mitglied der Partei das Beste für dieselbe zu wollen. Diesen guten Willen müssen wir jedem, ganz gleichgültig welcher Richtung er angehört, zuerkennen, wenn die Diskussion über augenblicklich noch schwebende Fragen zu einem erproblichen Resultat kommen soll. Frei von persönlicher Gefälligkeit, nur auf Grundlage rein sachlicher Auseinandersetzungen wird es möglich sein, in dem Streit der um die Herrschaft ringenden Meinungen Klärung zu schaffen.

Die von den beiden Hauptrichtungen der Partei, dem rechten und dem linken Flügel, gegenseitig erhobenen Beschuldigungen sind die schwersten, die wir im Organisationsleben kennen; eine Gruppe beschuldigt die andere, auf eine Spaltung und damit auf eine Zerstörung der Partei hinzuwirken. Die Objektivität gebietet, nicht nur die Gründe für diese Beschuldigungen zu hören, sondern diese auch auf ihre Stichhaltigkeit nachzuprüfen.

Es soll hier vermieden werden, im einzelnen auf die von einzelnen gegen einzelne Personen erhobenen Beschuldigungen, die nicht immer den Stempel der Sachlichkeit tragen, einzugehen. Im großen und ganzen bezieht die rechte Seite die Linke der Disziplinlosigkeit. Die Opposition soll durch ihr Vorgehen die Einheit der Partei gefährden und sich damit selbst außerhalb der Organisation gestellt haben. Man glaubte sich daher, um die Stabilität der Partei zu erhalten, zu den schärfsten Abwehrmaßnahmen berechtigt. Das Vorgehen der rechten Seite entspringt mithin zum größten Teil aus der Sorge um die Einheit und Geschlossenheit der Partei, also aus rein organisatorischen Gründen.

Demgegenüber glaubt sich der linke Flügel zu einem Sondervorgehen berechtigt. Der Vorwurf, den er gegen die rechte Seite erhebt, ist die Aufgabe der Grundsätze, also die Preisgabe des Prinzips. Die Opposition stützt sich hierbei auf die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse sowie auf die Auffassung in den breiten Schichten der Parteigenossen, die bis zum Ausbruch des Krieges sozusagen gang und gäbe war.

Die Organisation — hie Prinzip und Grundsätze! das ist der Schlüssel, der in der Kampfarena des Meinungsstreites in der Partei widerhallt. Im Widerstreit der Gefühle mag da manches ehrliche Gewissen ins Schwanken geraten. Aber mit jedem Tage rückt die Lösung des Konflikts näher, welche jedes einzelne Parteimitglied zu einer Entscheidung zwingen wird. Noch ist der Latenzstand verwischt und die Aussicht versperrt; immerhin muß versucht werden, Licht in das Dunkel zu bringen. Der allgemein herrschenden Verwirrung und ihren unklaren Bezeichnungen muß allmählich Klarheit abgerungen werden.

Die gegensätzlichen Auffassungen, die gegenwärtig aufeinanderprallen, sind nicht lediglich die Quintessenz von Anschauungen, die erst der Krieg gezeitigt hat. Ein Auseinanderstreben der Meinung über Bedeutung und Charakter der Organisation war schon vor dem Kriege vorhanden. Der große Umwelter aller Werte Krieg hat hier auf den Trümmern der alten nicht neue Werte geschaffen, sondern durch das Ueberstürzen der Ereignisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete bereits vorhandene Gegensätze ins Ungemeinere verschärft.

Welches ist nun das eigentliche Element der organisatorischen Gemeinschaft, das Reale des solidarischen Wesens, die Einheit desselben, nach welcher ihr Wert gemessen werden soll? Die Antwort kann nicht dahin lauten, daß es nur die zahlenmäßige Stärke und die unbedingte Geschlossenheit derselben ist, sondern vor allem ihr Zweck und die Art, diesen Zweck durchzuführen, also die gleiche grundsätzliche Auffassung von der Bedeutung des Prinzips. Die Einheit der Organisation kann erst zur Geltung kommen durch die Anerkennung desselben. Die Tatsache, daß in der Zeit vor dem Kriege das Prinzipielle immer mehr als Gegenstand zweiter Ordnung betrachtet wurde, hat bei kritisch Denkenden des öfteren Anlaß zu ernststen Betrachtungen und gut gemeinten Warnungen gegeben. In der Sorge um weniger wichtige Angelegenheiten hat man sie selten oder gar nicht gewürdigt.

In dem jetzigen Kriege ist die Sorge vor allem dem augenblicklichen Zusammenwirken aller Kräfte ohne Ansehen der Parteirichtung zugewendet. Der Glaube an das „alleinseigmachende Gemeinwohl“ fordert die blinde Unterordnung. Die Zusammenfassung sonst sich gegenüberstehender Auffassungen in einem Punkte und in einer Zeit muß dabei, wenn sie zum Wohle der einen dient, für die andere immer etwas Leeres sein. Man hat das Ganze viel zu unmittelbar dem einen Teil vorgelegt, anstatt sich darüber klar zu werden, daß man damit vollständig die Aufgabe der prinzipiellen Besonderheit auf Kosten der Organisation erkaufte. Die für letztere allein ausschlaggebende Frage: Was will sie retten und was gibt sie preis? ist durch die Verwischung der Grundsätze immer mehr in den Hintergrund getreten.

Eine Organisation würde vollkommen inhaltslos sein, wenn sie ganz allgemein nur eine Zusammenfassung von Elementen

wäre. Erst durch das gemeinsame Hindrängen auf ein gegebenes Ziel nach ganz bestimmten Grundsätzen oder Prinzipien kann ihr der den Lebensbestand bedingende Blutkreislauf gegeben werden. Die Unterordnung unter das Prinzip, das man für richtig anerkennt und die Einordnung in die Organisation, die für die Verwirklichung desselben kämpfen soll, kurz, die notwendige Verknüpfung von Prinzip und Organisation verbürgt ein kraftvolles Auftreten nach außen. Gerade dadurch verhütet man ein utopistisches Sichverlieren und macht den heute so oft erhobenen Vorwurf der „Phrasologie“ bedeutungslos.

Jede solidarische Gemeinschaft ist eine solche nur in Bezug darauf, wie sie sich in ihren Beziehungen zur Außenwelt stellt. Eine sozialistische Organisation muß in ihrer Auffassung, in der Ausdrucksweise ihres Willens notwendigerweise souverän sein und handeln. Sobald sie sich mit anderen Parteien in dieser oder jener Hinsicht solidarisch erklärt, hat sie an den Verührungspunkten, dort, wo sie mit den anderen aneinander grenzt, ihre Besonderheit, die im Prinzip wurzelt, verloren. Diese Erfahrung hat sich uns aufzueingewiesen im Verlauf der Entwicklung der bürgerlichen Parteien, deren Gegensätze untereinander mehr und mehr im Verschwinden begriffen sind und die, je länger je mehr, uns gegenüber als ein einheitliches Ganzes auftreten.

Der Gesamtwert der Organisation ist gebunden an die Disziplin, welche die bewusste Unterordnung unter das Prinzip erfordert. Erst dann kann sie als Macht repräsentierender Faktor zur Geltung kommen. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß die Individualität des einzelnen nicht aufhebt. Sie wird immer gegliedert sein in Gruppen von schwächerer und stärkerer Individualität, die durch instinctive Triebe, durch ausfallendes Begehren und den bewußten Zweck zueinander in Beziehung stehen. Aber niemals wird die Organisation eine Umkehr von den einmal als richtig anerkannten Prinzipien, welche sie erst durch ihre großen ethischen Werte stark gemacht haben, vornehmen können, ohne sich selbst preiszugeben oder zum mindesten den Keim zu ihrer Auflösung auszusäen. Sich nach der jeweiligen Entwicklungsphase richtend, muß sie immer einen Uebergang zu einer höheren Kampfform darstellen.

Am Anfang waren die Grundsätze und das sich daraus ergebende Prinzip. Um letzteres herum rankte sich die Organisation als die Frucht der Erkenntnis, daß der einzelne machtlos ist: Erst aus dem Gedanken des Prinzips wurde die Notwendigkeit der solidarischen Organisation geboren. Solange man hier von nicht ganz durchbrungen ist, solange wird die Organisation nur ein Begriff bleiben, der die größten Verwirrungen in sich trägt. Und je größer die Organisation wird, um so rasker wird man von einer Bedeutung dieses Begriffes zur anderen schwanken. Eine solche Verwirrung zeitigt fast immer die Gefahr der reaktionären Auffassung einzelner, die sich als die Verfechter und Repräsentanten der „geltenden Meinung“ aufzuspielen berechtigt glauben.

Es ist das ungemein Tragische für unsere Bewegung, daß man in dem unheiligen Richtungsstreit die Organisation gegen das Prinzip aufspielt, statt sie beide unter einen Hut zu bringen. „Die Einheit der Partei ist in Gefahr“, ruft man auf der einen Seite und fügt drohend nach der anderen hinzu: „Ihr habt sie durch euer Vorgehen, durch den Bruch der Disziplin ins Verderben gebracht!“ Dabei könnte der Vorwurf des Disziplinbruchs nach dem eben Erläuterten nur dann einen Sinn haben, wenn er den Vorwurf des Prinzipienverrats in sich schloße. Diesen Vorwurf kann man von dieser Seite nicht erheben und wird ihn auch nicht erheben können. Dabei sagt sie selbst, daß sie noch auf dem Boden der alten Grundsätze stehe.

Die Opposition erklärt das Letztere für ansichtslos und beschuldigt die Rechte offen des Prinzipienverrats. Nicht der Eigenwille ihrerseits, sondern der auf der rechten Seite erfolgte Bruch mit den geltenden Grundsätzen habe den Samen der Zwietracht ausgesät und sie gezwungen, den Weg zu gehen, den die Unterordnung unter das Prinzip zur Pflicht macht. — Wenn die aus diesem Prinzip entsprossenen toten Buchstaben der Statuten durch das sicher gut gemeinte Bestreben einzelner, nur mit diesem die Einheit der Partei zu wahren, einen solchen Sturm entfachen konnten, um wieviel wirkungsvoller muß dann das Leben pulsierende Fleisch und Blut der Prinzipien sein, die keinen Selbstzweck der Organisation kennen?

Der nächste Parteitag wird über das Wohl und Wehe der gesamten proletarischen Bewegung in Deutschland und darüber hinaus zu entscheiden haben. Er wird darüber befinden müssen, ob diejenigen recht haben, denen in einer gewiß kritischen Zeit, die uns ohnehin zur Ohnmacht verdammt, nur die Größe, nur die Stokkraft und die Einheit der Organisation am Herzen lag, oder jene, welche das Prinzip als die Mutter, als die Seele, als das den Lebensbestand der Partei Uebergebende hochgehalten und sie auf den Weg grundsätzlicher Ueberzeugung zu drängen versucht haben. Und wenn der Parteitag den letzteren recht geben sollte? Dann wese denen, die einen kraftvollen Körper blutleer gemacht, die ein großes Erbe und ein heiliges Vermächtnis schmählich verbracht haben.

Englische Kabinettskrise wegen Irlands.

London, 20. Juni. (B. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Times“ berichtet, daß die Verhandlungen über eine provisorische Beilegung der irischen Schwierigkeiten, die günstige Fortschritte gemacht hätten, zu einer Spaltung im Kabinett geführt haben. Ein Teil des Kabinetts ist entschieden gegen Lloyd Georges Vorschläge. Es ist möglich, daß einige Minister abdanken werden.

Die Aufgabe der neuen italienischen Regierung.

Lugano, 20. Juni. (Z. U.) „Popolo d'Italia“ stellt in einer Besprechung der Aufgaben der neuen Regierung die Forderung auf, daß diese klare Beziehungen zu Deutschland schaffen müsse. Italiens Krieg gegen Oesterreich-Ungarn sei auch ein Krieg Italiens gegen Deutschland. Für Italien seien keinerlei Gründe mehr vorhanden, mit Deutschland nicht zu brechen. Das Land erwarte vertrauensvoll von dem Enthusiasmus des Ministers Bissolati die Lösung dieses Problems.

Bissolati über seinen Posten.

Lugano, 20. Juni. (Z. U.) Auf Befragen eines Mitarbeiters des „Giornale d'Italia“ über den Charakter seines Portefeuilles als Kriegsinspektor erklärte Bissolati, dieser Titel sei ihm willfürlich von der Presse aufgedrängt worden; in Wirklichkeit sei er einfach Minister ohne Portefeuille. Aber gerade deshalb sei er gemäß den Absichten des Premierministers Bissolati in der Lage, sich mit der Aufgabe zu befassen, einen intimen und schnellen Kontakt zwischen allen Stellen herbeizuführen, die sich auf militärischem wie auf administrativem Gebiete mit dem Kriege zu befassen haben. Er werde bei den verschiedenen Aufgaben Vertreter des Premierministers sein, ohne eine bestimmte Funktion ständig auszuüben. Auf diese Weise soll eine verstärkte Harmonie in allen Zweigen der Kriegsdiktation herbeigeführt werden. Zum Schluß hat Bissolati dringend die Kollegen von der Presse, die erwähnte falsche Bezeichnung künftig fortlassen zu lassen, da sie geeignet sei, eine schädliche Wirkung auszuüben.

Der „Temps“ wirbt um Rumänien.

Bern, 20. Juni. (B. L. W.) Die Entwicklung der russischen Offensive gibt dem „Temps“ Gelegenheit, sich wieder mit der Haltung Rumäniens zu befassen, das Watt schreibt, wenn Rumänien auszulange seine abwartende Haltung behahre, so löme es leicht den richtigen Augenblick verpassen, der dann nicht mehr wiederkehren würde. Es läge zweifellos im Interesse der Alliierten, wenn Rumänien eintriffe. Indessen sei es für Rumänien auch selbst von höchster Bedeutung, sich auf dem Friedenskongresse, der die europäische Landkarte umgestalten werde, einen Platz zu sichern, und sein Gebiet beträchtlich zu erweitern. Die glatte Erledigung des Zwischenfalles von Marmorosza dürfe Rumänien über Russlands Absichten völlig beruhigen.

Die rumänischen Sozialisten gegen die Kriegsbeher.

Die „Bos. Ztg.“ meldet aus Bukarest: Die Sozialistenversammlung in Jilvas Sidoll nahm heftig Stellung gegen die Kriegstreiber, von denen die Redner sagten, daß sie bloß das Vaterland ins Unglück stürzen wollen, ohne ihre eigene Haut zu Markte zu tragen, und daß sie zudem noch schweiges Geld aus träber Quelle einheimen. Der Bürger, Arbeiter und Bauer wollen aber keinen Krieg, sondern rufen angesichts der ungeheuren Verteuerung um Brot. Mit Entrüstung wurde zur Kenntnis genommen, daß die Blätter „Adeverul“ und „Dinamca“ gedruckt haben, der Russeneinbruch in die Moldau sei von der öffentlichen Meinung Rumäniens sympathisch begrüßt worden. Die Versammlungsteilnehmer aus der Provinz erklärten, nirgends im Lande sei eine Kriegslust vorhanden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Juni. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. In der Gegend von Vihons südlich von der Somme scheiterte ein deutscher Handstreich vollständig. Auf dem linken Maasufer haben die Deutschen die südlichen Abhänge des „Toten Mannes“ und die Gegend von Chantancourt lebhaft beschossen; die französische Artillerie antwortete überall durch Sperrfeuer und wirkliche Verhinderung von Angriffsvorbereitungen. Auf dem rechten Maasufer wurden deutsche Angriffe gegen französische Stellungen nördlich von der Höhe 321 durch Feuer abgewiesen.

Lufkrieg: In der Nacht zum 19. Juni haben zwei französische Flugzeuggeschwader nacheinander die Kasernen und den Bahnhof von Bouziers, wo Zugbewegungen gemeldet waren, besorfen; die eine warf 36 Geschosse von großem Kaliber, die andere fünfundsanzig.

Paris, 20. Juni. (B. L. W.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Zwischen Abre und Dife besuchten zwei feindliche Abteilungen nach lebhafter Artillerieartillerie unsere Linien von Norden her anzugreifen. Sie wurden mit Handgranaten zurückgewiesen. Am linken Ufer der Maas Artillerielampf mit Unterbrechungen bei dem Werk Thiaumont und in den Abschnitten von Bour, Chapire und Souville.

Ein feindliches Flugzeuggeschwader warf zahlreiche Geschosse auf ein Dorf südlich Verdun, wo sich ein Lager mit deutschen Ge-

demokratischen Lager bestellte Handlungsweise unseren Feinden eine Ursache mitgegeben hat, ihren Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu beginnen. Da es doch auch unseren Feinden nahe, je mehr die Blockade Deutschland in Ernährungsnotwendigkeiten bringt, je leichter wird es der Sozialdemokratie werden, die Unzufriedenheit im Innern zu fördern...

In solchem Tone geht „das alte Lied“, wie der Aufsatz überschrieben ist, weiter:

„Angefaßt solcher Vorgänge fühlen wir uns verpflichtet, mehr wie bisher aus unserer Zurückhaltung hervorzutreten, insofern, daß wir wenigstens unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich von der Art sozialdemokratischer Verbeugung ein Bild zu machen, damit sie danach ihr Handeln für später bestimmen können. Unter dem Eindruck des Kaiserwortes sowie der äußeren Gefahr, die ein einmütiges Zusammenhalten aller Volksgenossen zur nationalen Pflicht machte, haben wir es uns versagt, der anfänglichen Politik der Sozialdemokratischen Partei entgegenzutreten. Nunmehr aber, seit es feststeht, daß das Vorgehen des radikalen Flügels nicht nur eine kriegsverlängernde Wirkung ausübt, sondern auch alle staatlichen Grundlagen durch Verhöhnung der Massen zu zerstören sucht, wird es unsere Pflicht zu handeln.“

Es wird dann ausgeführt, daß die Art des Handelns der Sozialdemokratischen Partei hervortretenden sozialdemokratischen Wunden jedes gemeinsame Wirken mit den staats-erhaltenden Parteien ausschließt, und dem Genossen Ströbel wird wegen einer Rede im Abgeordnetenhaus „vaterlandslose Unverschämtheit“ vorgeworfen.

Aber auch die „Reinheit“ der Partei erfreut sich keineswegs voller Gnade beim Reichsverband, wie schon daraus hervorgeht, daß oben auch Hue als Heher genannt wurde. Ja, selbst Wolfgang Heine wird in die Volkschludt geworfen, weil er Anfang März laut „Magdeburger Volksstimme“ in Stendal erklärt haben soll, daß wir den Klassenkampf nicht aufgeben, wenn wir auch unsere alte Stellung gegenüber dem Militarismus aufgeben würden.

Bezeichnend für die versteckte Tätigkeit des Reichsverbandes ist, daß er sich den Stadtverwaltungen zu „aufklärenden“ Vorträgen über die Ernährungsfragen anbietet.

Zur „Affäre“ Kapp.

Die Angelegenheit des Generallandschaftsdirektors Kapp, gegen den der Reichskanzler sich in seiner Rede vom 5. d. M. in scharfer Weise wandte, wird in der Presse fortgesetzt lebhaft erörtert. Ein großer Teil der Presse verurteilt es scharf, daß Herr Kapp dem Reichskanzler seine Bezeugen geschickt und in seinem Rundschreiben an die Presse erklärt hat, sich in einem Augenblick Genugtuung verschaffen zu wollen, in welchem dem Herrn Reichskanzler nicht mehr der Schatz des Krieges, seine Stellung und die Bedeutung der Presse zur Seite stehen.

Hierzu schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Es ist also eine persönliche Genugtuung gefordert worden für die Ausprägungen, die der verantwortliche Staatsmann an amtlicher Stelle getan hat. Und nachdem dieses Verlangen zurückgewiesen worden ist, droht Herr Kapp, sich seine Genugtuung später verschaffen zu wollen.“

Man gewinnt den Eindruck, daß Herr Kapp auf einen „standesmäßigen“ Auszug, also auf einen Zweifampf hinging, und daß diese Art der persönlichen Auseinandersetzung schon bei den „Verständigungsversuchen“ zwischen den Vertretern des Reichskanzlers und des Herrn Kapp in Aussicht genommen war.

„Es wäre ja nicht das erstemal“, fährt die „Frankfurter Zeitung“ fort, „daß konservative Herren sich mit unbecomenden Gegnern in hohen Ämtern auf diesem Wege „auseinanderzusetzen“. Ein früherer Berliner Polizeipräsident, Hindelberg, ist ja seinerzeit das Opfer einer solchen Auseinandersetzung geworden. Sollen derartige Erinnerungen etwa wieder wachgerufen werden? Es hieße die hohe Verantwortung der Persönlichkeiten in politischer Stellung gegenüber dem Staate herabdrücken, wenn jeder Beliebige, der eine Abwehr auf erhobene Angriffe erfahren hat, sich das Recht nehmen dürfte, noch eine rein persönliche Verantwortung zu fordern. Der Wert der Persönlichkeit würde durch eine solche neue Ausbreitung des Duellwesens nicht erhöht, sondern außerordentlich vermindert werden.“

Anderer Meinung ist natürlich die „Kreuzzeitung“, die an der Spitze der konservativen Presse den rauflustigen Herrn Kapp gegen den Reichskanzler in Schutz nimmt.

Wir wollen doch daran erinnern, schreibt sie, welche hohe erzieherische und ethische Bedeutung ein Bismarck dem hochgespannten Ehrgefühl beimaß, wie es in unserem Offizierskorps gepflegt wird. Mit solchem Ehr- und Persönlichkeitsgefühl ist es nicht vereinbar, schwere öffentliche Beschimpfungen schweigend hinzunehmen. In welcher Weise der Beleidigte dagegen reagiert, ist eine Gewissensfrage, deren Entscheidung ihm schwer genug fallen mag, und die zum Gegenstand oberflächlicher öffentlicher Kritik zu machen deshalb plump und lakonal ist. Die Presse, die jetzt über Herrn Kapp herfällt, hat sonst so viel übrig für den „Mannesmut vor Königsthronen“. Daß immerhin einiger Mut dazu gehörte, den Kanzler, der in solchen Dingen nicht den Standpunkt des alten Fritz einnimmt, mit offenem Bisher anzugreifen, scheint ihr ganz entgangen zu sein. Sonst hätte ihr das vielleicht eine gewisse Achtung vor Herrn Kapp abgerufen und sie zu etwas mehr Zurückhaltung in ihren Angriffen gegen ihn veranlaßt.“

Daß Herr Kapp offener vorgegangen ist, als etwa sein Gefinnungsgenosse Junius alter, der noch immer im Verborgenen blüht, kann nicht geleugnet werden. Das beachtete ihn aber noch keineswegs, sein „hochgespanntes Ehrgefühl“ in einer Duellforderung an den verantwortlichen Staatsmann zur Geltung zu bringen.

Kanzlerdebatte in der württembergischen Kammer.

Dem „Volks-Anz.“ wird aus Stuttgart gemeldet: „Bei der fortgesetzten Beratung des Hauptfinanzetats in der württembergischen Kammer erlaubte der volksparteiliche Abgeordnete Diesing gegenüber der Zentralisation in Berlin, die während des Krieges ungeheure Fortschritte gemacht habe, die württembergische Regierung, alles zu tun, um eine Zentralisation hintanzufegen, die den wirtschaftlichen Charakter und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu stören geeignet sei. Zur Verringerung der mit dem Verlagerungsgefeß geschaffenen Rechtsunsicherheit möge die württembergische Regierung dafür eintreten, daß noch während des Krieges ein neues Gesetz geschaffen werde, das die Verantwortlichkeit regelt und die auf die Kommunalverwaltungen übergegangenen Verfassungsbestimmungen klar hervorhebt. Dem Reichskanzler hätte etwas mehr vollziehende Gewalt überlassen werden sollen. Bei der auf 60 Milliarden angewachsenen Kriegsschuld müsse eine starke Tilgung eingeführt werden, zumal für die Verzinsung und Tilgung allein 4,8 Milliarden zusätzlich etwa 2,2 Milliarden für Leistungen des Reiches für Kriegsschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, insgesamt also 7 Milliarden erforderlich wären, die die Finanzminister der Einzelstaaten auf indirekte Steuern und Monopole verweisen hätten. Der konservative Abgeordnete Rör-

ner bezeichnete in seinen, von der Linken mit Unruhe aufgenommenen Ausführungen als einen Ausgangspunkt der Unversöhnlichkeit des volksparteilichen Abgeordneten Haußmann gegen die Konservativen die Reichstagsrede v. Heydebrands im November 1911 gegen die deutsche Englandpolitik. Diese Rede habe durch die geschichtlichen Ereignisse inzwischen ihre Bestätigung gefunden. Die Rede gegen v. Heydebrand sei zusammengebrochen. Der württembergische Ministerpräsident werde sich vielleicht im Ausschuß darüber äußern, ob er sich mit seinem Glückwunschprogramm an den Reichskanzler zu dessen jüngster Reichstagsrede zu allen Ausführungen des Kanzlers bekannt habe. Seine Fraktion bekenne sich offen und deutlich zu den Ausführungen des Grafen Reventlow im Reichstage. Der volksparteiliche Abgeordnete Haußmann erklärte, daß er polemische Erörterungen als dem Geiste der Zeit widersprechend angesehen habe, insbesondere auch gegenüber der konservativen Partei, weil er mit deren Politik nicht einverstanden sei. Der Abgeordnete Körner hätte seine Angriffe weiter gerichtet gegen den Reichskanzler und die Reichsregierung. Es sei festzustellen, daß der Redner der konservativen Partei sich in diesem Zeitpunkt mit der für die höchsten Staatsinteressen ganz gefährlichen Rede identifiziert, die gegen den Kanzler entworfen worden sei, und die ihren Höhepunkt darin erreicht habe, daß ein Landschaftsdirektor den Reichskanzler zum Duell herausforderte.“

Verschiedenartige Wertung der Flottenvereinbarung.

Die Rede des Großadmirals von Köster auf der Tagung des Deutschen Flottenvereins findet in der Presse eine sehr verschiedenartige Wertung. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist begreiflicherweise entzückt von den Ausführungen des Herrn Köster. Sie feiert die Anerkennung, die Großadmiral Köster Herrn von Tirpitz spendet hat und betont, daß die Hervorhebung der staatsmännischen Seite der Tirpitzschen Wirksamkeit, das Eintreten für deutsche Seegeltung mittels einer starken deutschen Flotte ein „gutes Wort zur rechten Zeit“ gewesen sei. Denn Weltwirtschaftspolitik lasse sich nur treiben durch eine große Hochseeflotte, nicht aber „durch ein afrikanisches Kolonialreich mit einem „Heere“ von Schwarzen im Innern und armerzten Schildkröten und Zittertaalen als lokaler Küstenverteidigung“. Offenbar geht diese Bemerkung gegen eine ganz bestimmte amtliche Stelle, die in der letzten Zeit lebhaft Kolonialpropaganda getrieben hat und von der die „Deutsche Tageszeitung“ vermutet, daß sie in einem gewissen Gegensatz zu der Art von „Weltgeltung“ und „Seegeltung“ stehe, die vom Flottenverein und der „Deutschen Tageszeitung“ gefordert werden.

Daß die „Deutsche Tageszeitung“ auch besonderes Gewicht auf die Worte legt, die Großadmiral von Köster über die U-Bootfrage geäußert hat, versteht sich von selbst.

Wesentlich anders urteilt die „Frankfurter Zeitung“ über das Pronunziamento der Flottenvereinler. Sie schreibt:

„Wenn aber der Vorschlag, ein Mann von höchstem Rang jedoch seit geraumer Zeit nicht mehr im aktiven Dienst, während eines entscheidenden Abschnitts dieses schweren, unsere äußerste und konzentrierteste Kraft verlangenden Krieges eine „rein geschäftsmäßige Sitzung“ dazu benutzt, einen politischen Vortrag über „die Aufgaben unserer Marine“ zu halten und in diesem Vortrag — das ist sein Kern und zweifellos sein Zweck — von neuem eine Frage anspricht, die nach mancher Mühe und Sorge von den verantwortlichen Organen der deutschen Kriegführung ungewidmet und sicher nicht leichten Herzens beantwortet worden ist, so verdient dieses Verhalten, mag das persönliche Motiv noch so ehrenvoll und aufrichtig sein, denselben Widerspruch, den alldemokratische Kreise etwa einer sozialistischen Agitation gegen die führenden Männer in Heer und Flotte aber einer fürmlichen und unflugen Propaganda für einen eiligen Friedensschluß entgegenzusetzen würden. In dieser Zeit ist unser ganzes Volk gezwungen, zu handeln und nicht zu reden. Es kann da reichlich keinen Unterschied geben zwischen dem „unschädlichen“ Startun und der einmündigen Schwächlichkeit. Alle sollen den Zwang zur Disziplin und die Verpflichtung anerkennen, jede politische Agitation in den Kriegsangelegenheiten zu unterlassen! Um so mehr sollte dies geschehen, wenn der, der etwas sagen zu müssen glaubt, seiner Rede die ganze Pointe wegnimmt, indem er sich gezwungen sieht, hinzuzufügen: Wir fügen uns! Wenn eine Einschränkung im Gebrauch des Unterseebootes als notwendig betrachtet wird, so liegen hierfür schwerwiegende politische und vielleicht auch wirtschaftliche Gründe vor, die sich unserer Beurteilung entziehen.“ Die sich unserer Beurteilung entziehen, die aber den Ausschlag gegeben haben! Wer dies — weil es wahr ist — erklären muß, bleibt den Nachweis schuldig, warum er die Gelegenheit zu einem öffentlichen Pronunziamento in einer rein geschäftsmäßigen Sitzung des Flottenvereins sucht, um nicht nur die Forderung aufzustellen: „Wir müssen die uns zur Verfügung stehenden Waffen ausüben“, sondern auch noch mit der Autorität des hohen militärischen Ranges, als eine Wahrheit zu verklären: „Wir wissen, daß wir bei rücksichtslosem Gebrauch der Unterseebootswaffen den Feind in verhältnismäßig kurzer Zeit ins Herz zu treffen in der Lage wären.“ Wie kann der Großadmiral, der mit demselben Atem auszusprechen muß: das ausschlaggebende politische und wirtschaftliche Element entzieht sich der Beurteilung, jenen anderen Satz voll apodiktischer Gewissheit in die Öffentlichkeit tragen, wenn er weiß, daß die verantwortlichen Männer, darunter auch die führenden Admirale des Marineamts und des Admiralsstabs, ihre Entschlüsse gefaßt haben, weil ihnen zum mindesten die politischen und wirtschaftlichen Bedenken fast genug schienen, um sie daran zu zweifeln zu lassen, ob jener Stolz wirklich ins Herz treffen werde? Der Großadmiral hat mit seiner Rede starken Beifall bei der Versammlung gefunden und unsere Kritik seiner Rede wäre dort des Gegenteils sicher: aber diese Dinge sind zu ernst, als daß nur die allzu begreiflichen Gefühle weiter Kreise geschont werden dürften. Man möge stets bedenken, daß auch Herr von Köster getrieben wurde: die Entscheidung hat „Gründe, die sich unserer Beurteilung entziehen!“

Diese Erörterung der Rede des Herrn von Köster durch zwei Blätter, die in ihrer Stellungnahme zu den Kriegs- und Friedensfragen als zwei entgegengesetzte Pole betrachtet werden können, beweist, daß in der Tat der Tagung des Deutschen Flottenvereins und der Verherrlichung der Tirpitz-Politik eine hervorragende politische Bedeutung beigemessen ist. Die Strömungen, die auf eine Verschärfung des U-Bootkrieges und auf ganz bestimmte Kriegsziele hinarbeiten, dürfen in der Tat noch keineswegs als überwunden gelten. Vielmehr sind die Herren vom Flottenverein und alle ihnen nahestehenden Kreise von neuem ernstlich bemüht, ihrer Auffassung der Dinge in den maßgebenden Kreisen zur Anerkennung zu verhelfen. Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt auch der Artikel der „Frankfurter Zeitung“ größere Bedeutung. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß auch alle andern politischen und Volkskreise, die eine Politik im Sinne des Flottenvereins und des Grafen Reventlow für das größte Verhängnis für Deutschland halten, ihre Ansicht und ihren Einfluß in verstärkter Maße zur Geltung zu bringen versuchen.

Der Steuerkonflikt im preussischen Landtag

hat durch die Dienstagssitzung des Herrenhauses noch keine Lösung gefunden. Mit einer deutlichen Uninteressiertheit an den öffentlichen Erörterungen hat das Herrenhaus einstimmig den Beschlüssen seiner Kommission zugestimmt, die erhöhten Steuerzuschläge nicht nur auf ein Jahr, wie das Abgeordnetenhaus will, sondern auf Kriegsdauer zu be-

willigen. Gegen die Resolution, die das Reich nicht auf die direkten Steuern übergreifen lassen will, stimmten einige Oberbürgermeister, Herr Dernburg u. a.

Bei der Denkschrift über den Wiederaufbau Ostpreußens veranlaßte eine lange Rede des Reichstages Grafen Mirbach-Sorquiten den Minister des Innern zu einer Wiederholung der oftgehörten Darlegung der Disfaktion. Neu war nur, daß auf Grund einer neuen Verhandlung Preußen die Sicherheit erlangt hat, vom Reiche den größten Teil seiner Aufwendungen zurückzuerlangen.

Die übrige Tagesordnung wurde ohne Debatte erledigt.

Sollte das Abgeordnetenhaus am 24. nicht nachgeben, so wird das Herrenhaus am 27. wieder sitzen.

Flugblattprozeß.

Wegen Verteilung von Flugblättern wurden in Essen zwei Arbeiter verurteilt, der eine zu 50 M., der andere zu 75 M. Geldstrafe.

Politische Zeitfragen in der schweizerischen Bundesversammlung.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Was im deutschen Reichstag die Etats- oder Budgetdebatte, das sind in der schweizerischen Bundesversammlung die Verhandlungen über die Jahresberichte der sieben Departements der Bundesverwaltung. Dabei liegt in der Regel das Schwergewicht der Beratungen im Nationalrat, der eigentlichen Volksvertretung mit ihren 180 Mitgliedern, von denen 19 Sozialdemokraten sind. Der 44gliedrige Ständerat als die Vertretung der Kantone, dem nur ein Sozialdemokrat angehört, ist zwar mit dem Nationalrat gleichberechtigter Gesetzgeberischer Faktor; er beschränkt sich aber meistens auf die Erledigung des ihm zufallenden parlamentarischen Genusses.

Eine geradezu brennende Frage ist durch den Krieg die Frage der Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz geworden, und während man so ziemlich auf allen Seiten für weitgehende Erleichterung ist, schwärmt im Nationalrat der Lausanner Abg. Wolsour, Chefredakteur eines konservativen Blattes, für die Verlängerung der Karenzzeit von 2 auf 5 Jahre, die ein Ausländer in der Schweiz erst zubringen mußte, ehe er sich um das Schweizer Bürgerrecht bewerben dürfte! Die schweizerische Einbürgerungspolitik mit ihrer hochgetriebenen Kostspieligkeit ist durch die tausende tragischer Konflikte dieses Krieges als eine erbitternde und beschämende Rücksichtigkeit und Ungerechtigkeit vielen zum niederdrückenden Bewußtsein gebracht worden und mit Ausnahme des reaktionären Patrioten Ador von Genf wurde von allen Rednern, insbesondere von unserm Genossen Sigg-Rüch, der reaktionäre Einsatz ausdrücklich verworfen. Auch Bundesrat Hoffman wandte sich gegen die beschlossene durchaus reaktionäre Einbürgerungsprozedur in den Kantonen und teilte mit, daß ein Gesetz zur Erleichterung der Einbürgerung und für die Zwangs-Einbürgerung in der Vorbereitung ist.

Beim Militärdepartement konsultierte Genosse Dr. Affolter, daß die sozialdemokratische Militärjustizinitiative den Bundesrat veranlaßte, mit Beschleunigung an die längst geforderte Revision des Militärstrafrechts heranzutreten, um der Initiative die Zugkraft zu nehmen. Es handelt sich aber nicht allein um das Gesetz, sondern auch um seine Handhabung, also um die Militärjustiz, die sich nicht bewährt hat und darum durch die bürgerliche Justiz ersetzt werden muß. Man erfährt bei dieser Gelegenheit auch, daß 75 Proz. des schweizerischen Kriegsmaterials von der Privatindustrie und nur 25 Proz. in den eidgenössischen Waffen- und Munitionsfabriken hergestellt wird. Die Arbeiter in diesen eidgenössischen Betrieben haben 75 000 Fr. für entgangene Löhne und 245 000 Fr. als Lohnverlust erhalten. In die Fronten der dienftunfähigen Wehrmänner sind bisher insgesamt 26 Millionen Frank an Unterhaltungen ausbezahlt worden, deren Erhöhung auf Antrag unseres Genossen Graber der Bundesrat prüfen soll.

Beim Finanz- und Hölledepartement wurde das finanzielle Elend beleuchtet, das der Krieg auch über die Schweiz gebracht hat. Dauert der Krieg dieses Jahr fort, so beträgt die Bundesschuld Ende 1916 800 Millionen Kronen. Dabei wurde von Zurückstellungen sozialpolitischer Projekte, von Einschränkungen, von neuen Steuern, Erhöhung bestehender Steuern usw. geredet.

Schließlich stellte unsere Fraktion noch den Antrag auf Gewährung von Teuerungszulagen an alle Bundesbeamten mit Gehältern bis zu 800 Fr. und einen weiteren Antrag auf endliche parlamentarische Verabschiedung der bisher dem „Bundfrieden“ gealterten sozialdemokratischen Initiative auf proportionale Wahl des Nationalrats. Diese Anträge wurden noch nicht zur Abstimmung gebracht.

Letzte Nachrichten.

Die englische Kabinettskrise.

Rotterdam, 20. Juni. (B. L. W.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß sich der Regelung der irischen Frage unerwartete Schwierigkeiten in den Weg gesetzt haben. „Times“ berichtet, daß einige unionistische Minister mit den Vorschlägen Lloyd Georges sehr unzufrieden seien. Long soll der Führer dieser Bewegung sein, die dem politischen Mitarbeiter der „Times“ zufolge davon ausgeht, daß das Kabinett als Ganzes für den Versöhnungsplan nicht verantwortlich sei, und daß die Gegner von Domesule im Kabinett eine sofortige Beilegung der irischen Frage niemals als im Interesse der inneren und der Reichspolitik betrachtet haben. Der politische Mitarbeiter der „Times“ erklärt sich entschieden gegen diesen Versuch, die Verhandlungen zu vereiteln. Seiner Meinung nach wäre zwar der Rücktritt Lansdownes, der stets enge Beziehungen zu den südririschen Unionisten gehabt habe, beabsichtigt, es wäre aber nicht einzusehen, warum die anderen Mitglieder des Kabinetts, nachdem sie sich erst in die Erklärung des Premierministers vom 25. Mai gefügt hätten, jetzt einen entgegengesetzten Kurs steuern sollen. Die öffentliche Meinung in England sei zu neunzig Prozent auf Seiten Lloyd Georges gewesen, weil dieser erklärte, daß er die Regelung der irischen Frage als ein Landes- und Reichsinteresse betrachte, und die öffentliche Meinung könne noch immer, daß die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett den Ausgleich nicht in Gefahr zu bringen würden.

Eine scharfe Antwort der Vereinigten Staaten an Mexiko.

London, 20. Juni. (B. L. W.) Das Neuterliche Bureau läßt sich aus Washington melden: Die amerikanische Antwortortino an Mexiko weist dessen Forderungen glatt zurück und tadelt den unhöflichen Ton und die Festigkeit der mexikanischen Mitteilung.

Zum Untergang des Dampfers „Hamre“.

Kristiania, 20. Juni. (B. L. W.) (Melbung des Neuterlichen Bureau.) Das deutsche Auswärtige Amt teilte der norwegischen Gesandtschaft zu Berlin mit, daß die deutschen Behörden eine eingehende Untersuchung über den Untergang des norwegischen Dampfers „Hamre“ angefaßt haben. Das Ergebnis des norwegischen Seeverhörs wurde mit den dienstlichen Berichten der Unterseebootkommandanten, die zur fraglichen Zeit in den betreffenden Gewässern Dienst hatten, verglichen. Kein Bericht ergab einen Anhaltspunkt dafür, daß der Dampfer versenkt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften zur Regelung der Volksernährung.

Am 15. und 16. Juni tagte in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften, die u. a. auch zur Volksernährung im Kriege Stellung nahm. Nach einem Referat von Robert Schmidt, der die großen Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Lebensmittelversorgung zurzeit zu kämpfen habe, nicht verkennt, aber die vorhandenen Mängel auf die vielen halben Maßnahmen des Bundesrates und die allzu große Rücksichtnahme auf die privaten Erwerbsinteressen der Erzeuger und des Handels zurückführt, und von dem neuen Kriegsernährungsamt nur bei rücksichtslosem Durchgreifen zugunsten des Gemeinwohles eine entscheidende Besserung erwartet, wurde einstimmig und debattelos folgende Entschliessung angenommen:

Die strikte Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in der Produktion und im Warenhandel hat während des Krieges zu einer steigenden Schädigung der ärmeren Volksschichten in der Nahrungsmittelversorgung geführt.

Die fortgesetzten Preissteigerungen haben sich bis zum Un-erträglichen gestaltet. Die Unterdrückung dieses Treibens ist leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit betrieben, die meisten von der Regierung getroffenen Maßnahmen müssen direkt als verfehlt bezeichnet werden.

Bei der Einteilung der Nahrungsmittel, die nicht in genügenden Mengen vorhanden sind, fehlt es an einer Direktive von einer Zentralstelle und damit an einer Einseitigkeit des Verteilungs-systems. Die vorhandenen Bestände sind verpölet dem Verkehr im freien Handel entzogen und der Mangel damit unnatürlich vergrößert.

Die Veseitigung der Mängel kann nur unter Berücksichtigung folgender Forderungen geschehen:

1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote.
2. Geregelter Preisfestsetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Windermittelten erschwinglich sind.
3. Die Beschlagnahme und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder ungebührlich versorgte Privathaushaltungen.
4. Die Verteilung nach einheitlichen Grundsätzen, wobei die Ernährung der schwer arbeitenden Berufskreise besonders berücksichtigt werden muß.
5. Die Schädlinge an der Volksernährung (Spekulation, Kettenhandel, Nahrungsmittelfälschung) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Hanterei mit allem Nachdruck entgegengetreten werden.
6. Vertrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinnützige Gesellschaften und Gemeinden. Einrichtungen für Massenpreise.

Die Gewerkschaften erwarten, daß die gerügten Mängel in der Lebensmittelversorgung beseitigt werden, das Kriegsernährungsamt rücksichtslos mit dem bisherigen System bricht und den Grundfay voll zur Geltung bringt, daß die Wohlfahrt des Volkes der leitende Gesichtspunkt in der Lebensmittelversorgung sein muß, dem gegenüber alle einseitigen Interessen der Produzenten und Händler schweigen müssen.

Die Gewerkschaften haben bereitwilligst an der Lösung dieser Aufgabe mitgearbeitet, ohne ausreichenden Erfolg zu haben, da immer wieder den entgegenstrebenden Interessenkreisen eine völlig ungerechtfertigte Rücksichtnahme zuteil wurde.

Nur durch Ausschalten dieses Einflusses wird der Arbeiterschaft die erprießliche Mitarbeit an der Lösung der schwierigen Aufgabe ermöglicht und damit die Last des Krieges erleichtert.

Deutsches Reich.

16. Verbandstag der Schuhmacher.

Stuttgart, den 19. Juni.

Der Verbandstag ist von 27 Delegierten, 8 Gauleitern, 5 Vorstandsmitgliedern und dem Ausführenden besucht. Die Generalkommission vertritt Silberstein in Berlin. Der schweizerische Lederarbeiterverband hat einen Vertreter entsandt. In der Eröffnungsrede betonte Verbandsvorsitzender Simon in Nürnberg, der Vorstand habe reichlich überlegt, ob ein Verbandstag einberufen werden solle. Er habe sich für die Abhaltung entschlossen, weil niemand wisse, wann der Krieg zu Ende sein werde und wie sich die Situation nachher gestalten. Auch sei es notwendig, zu Fragen Stellung zu nehmen, die vor Beendigung des Krieges entschieden werden müßten.

Den Vorstandsbericht gab dann Simon, der Ergänzungen zu dem von uns bereits besprochenen gedruckten Bericht machte. Er erklärte, bei der Feststellung des Geschäftsberichts seien größere Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Die Außerkräftsetzung der Unterstützungsanstalten — außer der Arbeitslosenunterstützung — bei Beginn des Krieges sei im Interesse des Verbandes notwendig gewesen; das Statut wäre ja nur für den Frieden gemacht. Die Einberufung eines Verbandstages für die Verfassungsel damals nicht möglich gewesen. Simon untersuchte dann die Gründe für den Mitgliederabgang, die bereits im Vorbericht gewirkt wurden.

Den Kassenbericht erstattete König in Nürnberg. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen in der Berichtszeit (1914/15) 1 500 843 M., die Ausgaben 723 049 M., das Vermögen des Verbandes am Schluß der Periode 867 794 M. gegenüber 862 809 M. Ende 1914. An Beiträgen sind bei der Hauptkasse und den Bezirksstellen 1 881 718 M. eingegangen.

Für den Ausschuss berichtet Haupt in Magdeburg. Es sind in der Berichtszeit nur 7 Beschwerden gegen den Vorstand eingegangen.

Von den zu diesen Berichten vorliegenden Anträgen fand ein Antrag, den weiblichen Mitgliedern die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ zu liefern, nicht die genügende Unterstützung.

In der Diskussion wurde die Aufhebung der Unterstützungen eingehend erörtert. Die Kritiker erklärten, die Verfassung des Verbandes sei verlegt worden; nur ein Verbandstag hätte dieses beschließen können. Von anderer Seite dagegen wurde die Aufhebung als im Interesse des Verbandes liegend bezeichnet. Dessen erste Aufgabe sei nicht die wirtschaftliche Kampfe gegenwart zu halten. Von einem Stuttgarter Delegierten wurde Kritik an den Beschlüssen der Generalkommission bezug der Vorstandskonferenz, die zur Einigung der Arbeiterschaft auffordern sollte. Wenn die Daten fehlten, hätte die Einheit auch keinen Wert. Die Gewerkschaften dürften nicht als Schutztruppen für die Fraktionsmehrheit auftreten. Die Haltung des Fachblattes in den Parteidifferenzen bemängelten mehrere Redner. Diese steh nicht im Einklang mit

den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz, wonach die Parteidifferenzen aus den Gewerkschaften ferngehalten werden sollen. Die Redaktion solle sich etwas Mäßigung auferlegen; Redakteur Wolf benutze das Blatt dazu, seine persönliche Ansicht zu den Parteidifferenzen zu propagieren. Von anderer Seite wurde dagegen Befriedigung mit der Haltung des Fachblattes ausgedrückt, das im sozialistischen Sinne redigiert werde.

Nach den Schlussworten fand eine Entschliessung Annahme, die ausdrückt, daß die Löhne in der deutschen Schuhindustrie in keinem Verhältnis zu den unbedingt notwendigen Lebensbedürfnissen der Arbeiter stehen. Da nicht anzunehmen sei, daß nach dem Kriege die Lebensmittelpreise auch nur annähernd auf den alten Stand zurückgehen werden, wird von dem Vorstand erwartet, daß er sofort nach Beendigung des Krieges mit dem Unternehmerverband Verhandlungen zwecks Durchführung einer Lohnerhöhung führe.

Ausland.

Ausland spanischer Seeleute.

Einer Meldung des „Petit Journal“ aus Madrid zufolge sind die Besatzungen der Handelschiffe in Barcelona, Gijon, Bilbao, Quilva und Valencia in den Ausstand getreten. Neben einer Lohnerhöhung um 50 Proz. fordern die Seeleute, daß man sie angeht der gegenwärtigen Gefahren für die Schifffahrt in eine Lebensversicherung einlaufe.

Programm des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses in England.

Wie die „Times“ vom 8. Juni berichtet, soll ein besonders einflussreicher Gewerkschaftskongress am 30. Juni in London in der Memorial Hall tagen. Er soll zunächst die Steigerung der Preise für Lebensmittel und Kohlen besprechen, außerdem aber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Altersrente und die Einwirkung des Wehrpflichtgesetzes auf Organisation und Verwaltung der Gewerkschaften erörtern.

Aus der Partei.

Wahrheit und Selbstgerechtigkeit.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir vor einigen Tagen eine Entgegnung des Genossen Heinrich Schulz auf unseren Artikel „Wahrheit und Klarheit“.

Die „Erfurter Tribüne“, das Organ des Kreises, den Genosse Schulz im Reichstage vertritt, widmet seiner Entgegnung folgende Bemerkung:

Wir können leider dem Genossen Schulz weder in der Sache noch in der Form darin beipflichten, wie er den unseren Lesern bekannten, durchaus sachlich und ruhig gehaltenen Artikel des „Vorwärts“ vermöhelt. Allerdings hat Genosse Schulz dafür den ungeteilten Beifall des „Erfurter Allgemeinen Anzeigers“ erzielt, der den Artikel fast wörtlich oder richtig referierend, nur mit einigen Anmerkungen durchsieht, wiedergibt. Ob das dem Genossen Schulz ungenem sein wird und kann, können und wollen wir nicht entscheiden. Feststellen wollen wir aber, daß der „Erfurter Allgemeine Anzeiger“, der jetzt den von der bekannten „Berliner Sammelstelle“ des Materials zur Bekämpfung der Sozialdemokratie so prompt schon am andern Tage nach dem „Vorwärts“ gelieferten Artikel abbrudete, seinerzeit im Wahlkampf es an gehässigen Anwürfen wahrhaftig nicht fehlen ließ. Weiter ist Tatsache, daß die früheren Reden unseres Genossen Schulz im Reichstage von dem gleichen „Erfurter Allgemeinen Anzeiger“ systematisch unterschlagen wurden. Und wir können dem Genossen Schulz versichern, daß sich die Kampfesweise des „Anzeigers“ nicht geändert hat, also an ihm kann es nach unserer Auffassung nicht liegen, wenn Genosse Schulz ihm jetzt etwas recht macht.

Das bremische Blatt „Arbeiterpolitik“.

Von der Redaktion des Verlags der neugegründeten bremischen Zeitschrift erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Die Redaktion, die das Pressebureau bezüglich des neugegründeten bremischen Wochenblattes „Arbeiterpolitik“ vertritt, läßt den Irrtum aufkommen, als sei es ein Kampforigan gegen die „Bremer Bürgerzeitung“. Die neue Zeitschrift trägt den Titel: „Arbeiterpolitik“. Wochenblatt für wissenschaftlichen Sozialismus.

Sie hat sich zur Aufgabe gesetzt, alle in der Arbeiterbewegung auftauchenden Fragen vom Standpunkt des Unirradikalismus zu beleuchten. Die „Arbeiterpolitik“ ist eine wissenschaftliche Zeitschrift des Unirradikalismus, gleich der „Globe“, die den rechten Flügel und der „Neuen Zeit“, die das Zentrum der Partei vertritt. Von einem Organ zur Bekämpfung der „Bremer Bürgerzeitung“ kann darum nicht die Rede sein.

Zum Pressekonflikt in Duisburg.

Die Kreisprekominmission beschloß in ihrer letzten Sitzung als politischen Redakteur den Genossen Markwald, den bisherigen Leiter des Königsberger Parteiblattes, anzustellen.

Sodann wurde nochmals die Entlassung der beiden Redakteure Winter und Schuch behandelt. Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die in ihrem entscheidenden Teile sich mit der Kündigung und Entlassung der beiden Redakteure durch den Parteivorstand voll und ganz einverstanden erklärte.

Hermann Schmidt.

Zu dem in der gestrigen Nummer bereits gemeldeten Tode des Genossen Schmidt wird noch geschrieben:

In Jwidau ist einer von den alten Garde, der Stadtberordnete Lagerhalter Hermann Schmidt, im Stadtkrankenhaus verstorben. Schmidt, der ein Alter von 82 Jahren erreicht hat, ist in den sächsischen Parteikreisen allgemein bekannt, da er mit zu den ältesten Genossen Schachens zählte, die seinerzeit bereits an den Kämpfen zwischen Sozialisten und Eisenachern kräftigen Anteil nahmen. Auch sah er mit in der Kommission, die das Erfurter Programm entwarf. Er war von 1888 bis 1906 Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei für den 18. Reichstagswahlkreis und seit Errichtung der Bezirkskomitees im Jahre 1891 bis zu seinem Tode ununterbrochen Mitglied des Jwidauer Komitees und als solches auch Mitglied der Landesparteileitung. Wiederholt wurde er zu Parteitag als Vertreter des 18. Kreises delegiert und nahm auch während des Sozialistengesetzes an den Parteitagen in Kopenhagen und St. Gallen teil. Er war Landtagskandidat für den Stadtkreis Jwidau. Vor fünf Jahren wurde er neben drei anderen Genossen ins Jwidauer Stadtparlament gewählt. Weiter bekleidete er das Amt des Vorsitzenden für den Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Jwidau. Um die Gründung des „Sächsischen Volksblattes“ hat sich Schmidt große Verdienste erworben, für dessen Bestand und Ausbau er unablässig bemüht war. In Genossen Schmidt verliert der 18. Wahlkreis einen seiner eifrigsten, opferwilligsten und treuesten Genossen, weshalb sein Ableben als schwerer Verlust empfunden wird. Die Genossen werden seiner in Treue gedenken.

Aus den Organisationen.

Eine Vertrauensmännerversammlung im Wahlkreis Gana u. Bodenheim-Gelnhausen-Orb nahm am Sonntag mit 27 gegen 10 Stimmen eine Resolution zugunsten der Kinderheit der Reichstagsfraktion an. Referent war Genosse Koch, Korreferent Genosse Kahle.

Jugendbewegung.

Jugendabteilungen des Vaterländischen Frauenvereins.

Eine erhebliche Ausdehnung der bürgerlichen weiblichen Jugendpflege beabsichtigt der Vaterländische Frauenverein durch Errichtung von besonderen Jugendabteilungen. Bei ihrer Gründung soll beachtet werden, daß die vorhandenen gleichgerichteten Jungfrauenvereine keine Konkurrenz zu befürchten brauchen. Vielmehr hofft man durch die Neugründung, viele junge Mädchen, die von den vorhandenen bürgerlichen Vereinen nicht erfasst worden sind, für die Jugendpflege zu gewinnen. Die Mädchen sollen vor allem zum gemeinlichen Dienst des Vaterländischen Frauenvereins herangezogen werden. Bemerkenswert sei noch, daß auch die Kaiserin sich für den Plan sehr warm ausgesprochen hat.

Aus Industrie und Handel.

Französische Kriegsgewinne.

Nach der „Bataille“ vom 9. Juni hat die Metallverarbeitungs-gesellschaft von Kriège ihren Umsatz von 5 Millionen Frank im Jahre 1913/14 auf 14 1/2 Millionen gesteigert. Die Gesellschaft Gnome et Rhône verzeichnet einen Bruttogewinn von mehr als 11 Millionen Frank im Jahre 1915; eine Gesellschaft, die Granaten herstellt, erzielte bei einem Umsatz von 11 Millionen einen Gewinn von vier Millionen; die neun Messinggießereien, die für das Kriegsministerium arbeiten, haben seit August 1914 einen Gewinn von 90 Millionen gemacht; eine Firma mit einem Kapital von acht Millionen Frank hat für 88 Millionen Geschosse geliefert und dabei 18 Millionen verdient.

Soziales.

Fürsorge für Kriegsbeschädigte und aus dem Felde heimkehrende Handwerker.

Der Deutsche Handwerker- und Gewerbelammetag beschäftigte sich am Dienstag u. a. auch mit der Fürsorge für kriegsbeschädigte und aus dem Felde heimkehrende Handwerker. Völkhermeister Thierkopf-Magdeburg sprach über die Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er bezeichnete es als notwendig, dafür zu wirken, daß es den Kriegsbeschädigten ermöglicht werde, in ihren alten Berufen wieder zu arbeiten, und daß es den Vertriebenen ermöglicht werde, sich und ihre Angehörigen in anständiger und ausreichender Weise zu ernähren, ohne die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. Der blinde Feiertmann mit geschlossener Waffenschloß dürfe nicht wieder aufstehen, wenn die Ehre des Deutschen Reiches gewahrt werden solle. (Beifall.) — Der Redner und Senatus Stier-Weimar machten mehrere Vorschläge, von einer Vorschlagsfassung wurde jedoch Abstand genommen.

Stier-Weimar sprach über Fürsorge-maßnahmen für aus dem Felde heimkehrende Handwerker und wirtschaftliche Wiederbelebung des Handwerks nach dem Kriege. Er befragte eine Anzahl Zeitsage, die etwa dahingehen:

Die Organisation des Handwerks ist auszubauen, namentlich ist der wirtschaftlichen Förderung des Handwerks auf gewerkschaftlichem Gebiete höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den vom Felde heimkehrenden und allen durch den Krieg geschädigten Handwerkern ist die Wiederaufnahme und Fortführung ihrer Betriebe durch Zuweisung von Arbeit zu ermöglichen. Reich, Staat und Gemeinden müssen hierbei helfen. Die Bevölkerung ist aufzufordern, den heimkehrenden Kriegern wieder ihre Kundschaf zuwenden. Es ist auf das taftätige, auf Selbsthilfe beruhende Eingreifen der Kreditgenossenschaften zu rechnen. Die bestehenden Vorsetze müssen mindestens ein Jahr nach Friedensschluß noch in Kraft bleiben. Die Konturordnung ist dahin abzuändern, daß zum Schutze in Not geratener würdiger Schuldner ein Zwangsvergleich außerhalb des Konturverfahrens ermöglicht wird. Besonders bedürftige Personen sind durch Rietszuschüsse u. a. zu unterstützen. Die Unterstützungen dürfen, soweit sie aus öffentlichen Mitteln kommen, nicht als Armenunterstützungen gelten. Im weiteren empfehlen sich Meisterfurse für die aus dem Felde heimkehrenden Handwerker. Die Zuweisung von Beheligen an das Handwerk ist dringend geboten. Ferner empfiehlt sich der Ausbau der Lehrstellenvermittlung. Hand in Hand damit hat die neue Ordnung des Lehrlingswesens zu gehen, das durch den Krieg empfindlich gestört worden ist.

Die Zeitsage gelangten nach kurzer Erörterung mit dem Zusatz zur Annahme, daß für mögliche Verzögerung für Handwerkerarbeiten gewirkt werden müsse.

Es ist nicht zu verkennen, daß gerade das kleine Handwerk unter den Kriegsfolgen ganz außerordentlich zu leiden haben wird. Ob die aufgestellten Forderungen geeignet sind, diese Folgen abzuwenden oder auch nur abzumildern, sei dahingestellt. Was insbesondere den Ausbau der Lehrstellenvermittlung und eine neue Ordnung des Lehrlingswesens anbelangt, so ist nicht recht zu verstehen, wie dadurch den heimkehrenden Handwerkern geholfen werden soll, es sei denn auf Kosten der einer Ausbildung bedürftigen jungen Leute. Gegenüber einer solchen Forderung muß aber energisch betont werden, daß die Lehrlingsausbildung geregelt werden muß in allererster Linie im Interesse des jungen Nachwuchses, und daß dahinter alle übrigen Forderungen zurücktreten, wenn nicht zu schweigen haben.

Nach der Krankheit kündigungslös entlassen.

Eine Werkstattschreiberin, die bei der Firma Flohr mit vierzehntägiger Kündigung angestellt war, mußte wegen Krankheit vom 24. Februar bis 18. März der Arbeit fernbleiben. Der 19. März war ein Sonntag. Am 20. März kam die Schreiberin vor Beginn der Arbeitszeit, um ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Da teilte ihr der Fabrikportier mit, daß er ihre Entlassung mitzuteilen habe, und handigte ihr ihre Papiere ein. Durch Klage beim Gewerbegericht forderte die Schreiberin 40 M. Lohn für die Kündigungszeit. Der Vertreter der Beklagten bemerkte, er habe die Klägerin während ihrer Krankheit fünfmal aufgesucht, um ihr die Entlassung zu übermitteln, er habe aber die Klägerin niemals angetroffen. Die Entlassung habe deshalb erst bei der Wiederkehr der Klägerin erfolgen können. — Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 40 M. mit der Begründung: Länger andauernde Krankheit sei zwar ein Entlassungsgrund, doch müsse die Entlassung während der Krankheit erfolgen. In dem Augenblick, wo die Klägerin nach der Krankheit zur Arbeit zurückkehrte, sei der Entlassungsgrund fortgefallen und hätte eine Entlassung nur nach vierzehntägiger Kündigung erfolgen können.

Wichtige Mitteilung für alle Leser!

Eine große illustrierte Hausbibliothek gratis!

Bestellschein Bw.

Den Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir eine reich illustrierte Wochenchrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissens-schaften. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind erste Fachleute. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige an-führen: Der Mensch in der Vahlgangzeit. — Wenn die Erde erlischt. — Gesundheit und Schönheit. — Der

Wille und dessen Ohnmacht. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Weltwelt. — Hässliche Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität. — Unser Sonnensystem usw. usw. Außerdem erhält jeder Leser auf „Welt und Wissen“ zu jedem Jahrgang drei komplette Werke vollständig gratis.

Im ersten Jahre: Die illustrierte Himmels-kunde. — Illustriertes Buch der Technik. — Ent-deckungstreffen nach dem Nord- und Südpol. Um zu ermöglichen, daß alle Leser darauf abo-nieren können, haben wir die keine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, auf nur 20 Pf. für ein 24 Seiten hartes Deck festgelegt. Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und ein-zusenden.

An die Expedition von „Welt und Wissen“, Berlin-Schöneberg, Am Park 11. Ich abonniere hiermit „Welt und Wissen“ 6 20 Pf. p. Heft durch Boten franco Haus. Name: _____ Ort, Straße: _____

Herrenhaus.

10. Sitzung, Dienstag, den 20. Juni.

Am Ministertische: Unterstaatssekretär Dr. Michaelis. Präsident Graf von Arnim-Bohlenburg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Minuten und gedenkt des kürzlich verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Daniel.

Der neue ins Haus eingetretene Kammerherr von Oldenburg-Januschau wird in die Agrarkommission gewählt.

Die preussischen Steuerzuschläge.

Auf der Tagesordnung steht der Gesuchentwurf über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer. Nach der vom Abgeordnetenhaus gebilligten Vorlage werden die Zuschläge in der Einkommensteuerstufe von mehr als 2400 bis 3000 M. für die Aktiengesellschaften um, auf 15 Proz. für die sonstigen Steuerpflichtigen auf 8 Proz., der zu entrichtenden Steuer festgesetzt. Die Zuschläge steigen in den Einkommensteuerstufen von 3000 bis 3900 M. auf 25 bzw. 12 Proz., bei 3900 bis 5000 M. auf 25 bzw. 18 Proz., bei 5000 bis 6500 M. auf 30 bzw. 20 Proz. und so fort, bei mehr als 100 000 M. auf 160 bzw. 100 Proz., bei der Ergänzungsteuer auf 50 Proz. der zu entrichtenden Steuer.

Das Abgeordnetenhaus hat beschlossen, daß diese Steuerzuschläge nur für das Etatsjahr 1916 gelten sollen.

Nach einem Beschlusse des Finanzausschusses des Herrenhauses soll die Geltung der Steuerzuschläge aber unbefristet sein. Sie sollen gelten vom 1. April 1916 bis zum Beginn desjenigen Etatsjahres, für das ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Staatshaushalt in Kraft tritt.

Der Herrenhausauschuss schlägt weiter folgende Entschliebung vor: Die Staatsregierung zu ersuchen, mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich jeder weitere Eingriff der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen vermieden wird, und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden, ungehindert erhalten bleibt.

Verichterstatter Graf v. d. Schulenburg-Grünthal: Die Kommission hat einstimmig beschlossen, die geforderte Erhöhung der Steuerzuschläge auf Kriegsdauer, entsprechend der ursprünglichen Regierungsvorlage, zu bewilligen.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters a. D. v. Weder wird die Vorlage in der Ausschussfassung einstimmig, die Resolution gegen einen Teil der Linken, insbesondere die Oberbürgermeister, Staatssekretär a. D. Dernburg usw. ohne Aussprache angenommen.

Die königliche Verordnung über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Krieg zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen wird nach dem Bericht des Grafen v. Kirchbach-Sorquitten zur Kenntnis genommen. Es folgt die Denkschrift über die Befreiung der Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall berührten Landesteilen, wobei Graf v. Kirchbach den Dank des Hauses für die Initiative des Königs zum Ausdruck bringt, die hohe steuerliche Belastung des Grundbesitzes beiläufig, die zur Vorhütung bei weiteren Steuererhöhungen mahne, und die Not an Landarbeitern bespricht.

Oberbürgermeister Dr. Adre-Königsberg stellt fest, daß der deutsche Städtetag sehr wesentlich am Wiederaufbau mitgearbeitet hat.

Minister des Innern v. Loebell: Das ist richtig, es fehlt in der Denkschrift ein entsprechender Hinweis nur infolge eines Versehens. Aus Gähler und wilder Jersörungsucht hat der Feind unseren schönen Ostlanden schweren Schaden zugefügt. Aber Dank der landesbaterlichen Fürsorge, dem Zusammenarbeiten aller Behörden und dem allgemeinen feien Willen zum Durchhalten sind bereits jetzt schöne Erfolge erzielt. Freilich befinden wir uns ja noch mitten im Weltkrieg. Auch hier spreche ich allen Beteiligten den wärmsten Dank der Regierung aus: Dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, der leider diesem Wirken entgegen wird, den staatlichen und gemeindlichen Behörden, der Bevölkerung und auch den Zentralstellen. Wir wollen und werden neues Leben aus den Ruinen erheben lassen. Die Staatsregierung hat nie verkannt, daß es ihre Pflicht ist, der schwergetroffenen Bevölkerung vollen Schadenersatz zu gewähren. Die Finanzverwaltung hat das ihrige dazu getan und wird es weiter tun; sie hat dabei die Unterstützung des Landtages gefunden. Erfreulicherweise ist der Umfang der Schadenersatzpflicht des Reiches jetzt in gegenseitigem Einvernehmen festgesetzt, und Preußen wird zu einem noch selbstvollständigen Zeitpunkt einen ganz erheblichen Teil seiner Aufwendungen zum Reiche wiedererhalten. Das erleichtert unsere Arbeit ganz bedeutend. Preußen ist auch durchaus bereit, über den Ersatz durch das Reich hinaus, einzutreten. Die Staatsregierung erachtet es als ihre erste Pflicht, diesen schönen Provinzen, die nicht nur Blut, sondern auch Gut geopfert haben, zu helfen, damit dieses alte deutsche Kulturland in seiner Blüte wieder aufstehe. (Weifall.)

Graf v. Kirchbach erklärt, daß er nicht etwa Vorwürfe gegen die Regierung habe erheben wollen.

Die Denkschrift wird darauf zur Kenntnis genommen.

Graf v. d. Schulenburg-Grünthal berichtet über eine Eingabe des durch den Krieg in seinem Wadefesuch schwer geschädigten Otfesehades Widdron, das um ein Staatsdarlehen ersucht. Der Berichterstatter führt aus, daß sich viele Wadeforte in derselben Lage befinden, daß, wenn einem Geld geliehen wird, alle kommen würden; endlich habe Widdron Gelegenheit genug, bei den Kriegskreditanstalten Geld zu erhalten.

Das Haus geht über die Eingabe zur Tagesordnung über.

Herr v. Nachow berichtet über die Nachweisungen für die staatlichen Gesütze in den letzten Jahren, die zur Kenntnis genommen werden.

Ueber eine Eingabe der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände zu Leipzig, betreffend außerordentliche Unterstützung der entlassenen bedürftigen Kriegsteilnehmer und ihrer Familienangehörigen berichtet Oberbürgermeister Dr. Nive-Halle: Es handelt sich darum, bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft den heimkehrenden Feldzugsteilnehmern bis zur ersten Lohn- oder Gehaltszahlung Beihilfen zu gewähren.

Die Bittschrift wird als Material überwiesen.

Ueber eine Eingabe um Veranlassung eines Gesuchentwurfes wegen Heranziehung der Privatfeuerversicherungsanstalten zu den Kosten des Feuerlöschwesens berichtet Oberbürgermeister Scholz-Dangsig.

Die Eingabe wird als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Arnim: Es hängt ganz von den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses über die Steuerentlastung ab, ob das Herrenhaus nochmals zusammenzutreten muß. Sollte dies notwendig werden, so wird die Sitzung voraussichtlich am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 1 Uhr stattfinden.

Schluß 2 Uhr.

Das tägliche Brot.

Lebensmittelverordnungsblätter.

Für den Verbraucher bedeutet es eine große Erschwerung, daß er über die Bestimmungen, die im Lebensmittelverkehr gelten, nicht oder nur ungenügend unterrichtet ist. Oft liefert ihn diese Unkenntnis der Willkür des Verkäufers aus. In einigen Städten hat man daher die Einrichtung getroffen, den Verbrauchern kleine Hefte abzugeben, in denen alles verzeichnet ist, was der Verbraucher beim Wareneinkauf wissen muß, sei es über Preise, sei es über erlaubte Bezugsmengen, sei es über andere Bestimmungen. Die Stadt Mannheim gibt ein solches Verordnungsheft, verfaßt von Dr. Hofmann, Vorstand der städtischen Preisprüfungsstelle, jetzt schon in dritter Ausgabe heraus. Das Heft enthält die Höchst- und Richtpreise in Mannheim und einen Bericht über die Preisprüfungsstelle Mannheim. Auch die Stadt Frankfurt a. M. gibt ein Lebensmittelverordnungsblatt heraus, aus dem der einzelne Verbraucher sich unterrichten kann über alles, was er beim Einkauf wissen muß. Viele andere deutsche Städte sind in ähnlicher Weise vorgegangen.

Rindfleischverteilung an Minderbemittelte.

Der Magistrat der Stadt Bochum hat einen Rindfleischverkauf an Minderbemittelte organisiert. Der Verkauf findet in verschiedenen städtischen Verkaufsstellen statt. Der Preis des Rindfleischs beträgt 1,00 M. Als minderbemittelte gelten solche Einwohner der Stadt Bochum, die für das Steuerjahr 1916 überhaupt keine Steuer zahlen oder nur ein Einkommen bis zu 1500 M. haben, ferner alle unterstützten Kriegserfrauen, einschließlich der Hinterbliebenen. Pro Kopf der Bezugsberechtigten erhält ein Pfund Fleisch. Diese Menge wird auf die allgemeine Verbrauchsregelung bezogen angerechnet, daß für zwei Wochen die Hälfte des zulässigen Verbrauchs befriedigt ist. Zur Kontrolle der Bewerber müssen diese ihr Warenausweiseheft und ihr Protokollausweiseheft, sowie einen Steuerzettel oder eine besondere Bescheinigung oder ein Unterstufungsausweiseheft mitbringen. Am Ansammlungen zu verhüten, erfolgt der Verkauf nach Stadtbezirken, nach Buchstaben und an verschiedenen Tagen. Wer an einem der fraglichen Tage nicht laufen kann, kann die ihm zustehende Menge bis zu einem 14 Tage späteren Endtermin erwerben.

Was jetzt noch möglich ist!

Auch in Köln ist Kartoffelnot. Die Nation ist auf 2 1/2 Pfund pro Kopf und Woche festgesetzt. In den nächsten Tagen wird der Verkauf ganz eingestellt. Während nun tausende Frauen und Kinder mit leeren Körben vor den Markthallen standen, brachte es die Stadtverwaltung fertig, zur gleichen Zeit Kartoffeln zentnerweise an Beamte, Lehrer, Rentiers, Willenbesitzer usw. abzugeben. Einzelne der Herrschaften erhielten bis zu fünf Zentner. Des Rätsels Lösung ist die, daß diese Herrschaften vor längerer Zeit die Kartoffeln bestellt hatten, und nun lieferte sie die Stadt zentnerweise ins Haus, während sie den armen Leuten nur 2 1/2 Pfund pro Kopf und Woche gibt. Der Vorfall wird noch drastischer dadurch, daß schon seit mehreren Tagen eine Verordnung des Gouverneurs vorlag, daß Leute keine Kartoffeln kaufen dürfen, die auch nur für drei Tage Kartoffeln im Hause haben, und zu gleicher Zeit liefert die Stadt keineswegs noleidenden Leuten zwei bis fünf Zentner Kartoffeln ins Haus.

Kartoffelsteuerung auch in England.

Daily News* meldet, daß alte Kartoffeln auf dem Londoner Markt Covent Garden jetzt 17 Pfund Sterling pro Tonne kosten. Der gewöhnliche Preis war 5 bis 6 Pfund Sterling. In England spielt die Kartoffel keineswegs die gleiche wichtige Rolle für die Ernährung wie in Deutschland.

Aus Groß-Berlin.

Beschwerden über unrichtige Zumessung der Fleischportion.

Der Magistrat läßt öffentlich erklären, daß er bereit ist, Beschwerden über unrichtige Zumessung der Fleischportion nachzugehen; er empfiehlt deshalb, solche Beschwerden ungesäumt an den Städtischen Kommissar für die Fleischverteilung — Städtischer Schlächterhof, Eingang Landsberger Allee, Trichimenschaugebäude (Zimmer 3 und 4) — zu richten, wo alsdann die Untersuchung durch den für die betreffende Schlächtergruppe zuständigen Aufsichtsbeamten veranlaßt werden wird. Ein Fleischer, der den ihm nach dem Verteilungsplan obliegenden Pflichten nicht nachkame, würde mit dem weiteren Verkauf des Fleisches nicht mehr betraut werden. Es sind ständig Beamte unterwegs, die die Kontrolle ausüben. — Uns gehen fortgesetzt neue Beschwerden zu, nach denen verschiedene Fleischermeister ihre Kunden nicht befriedigt haben. Geklagt wird über einen Schlächtermeister Adolf in der Culmstraße 24 und über einen Schlächter Knothe in der Wilhelmshabener Straße. Wir raten unseren Lesern, die sich beschwert fühlen, dringend, sich beschwerdeführend an die obgenannte Adresse zu wenden unter genauer Angabe des Sachverhalts.

Wie wir erfahren, ist unsere gestern veröffentlichte Beschwerde über den Schlächtermeister Stender in der Stendaler Straße sofort nachgeprüft worden. Es hat sich ergeben, daß dem genannten Schlächtergeschäft für alle in der Kundenliste eingetragenen Kunden genügend Fleisch geliefert worden ist. Die Inhaberin habe aber an 300 ältere Frauen, die vergessen hätten, sich in die Kundenliste einzutragen, auf die vorgezeigte Fleischkarte Fleisch verkauft, ohne nachzuprüfen, ob sie auch eingetragen seien. Es wird nun versichert, daß Sorge getragen worden ist, daß dieser Vorgang sich nicht wiederholt und daß die Kunden in Zukunft ihr Fleischquantum erhalten. Es müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß jeder Schlächter auf Grund der Kundenliste genügend Fleischwaren erhält, um die Kunden zu bedienen. Er erhielt bisher noch einen Aufschlag von 10 Proz., neuerdings 15 Proz. Wo sich Mißstände herausstellen, liege es an dem Schlächter und man solle sich sofort beschweren, damit Abhilfe erfolgen könne.

Kein Ersatz für verlorene Lebensmittelkarten.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: „Mit der Ausdehnung der Verbrauchsregelung auf immer weitere Lebensmittel mehrten sich die Fälle, in denen Karten verloren oder abhanden gekommen sind. Es versieht sich von selbst, daß verlorene Karten nicht ersetzt werden können, denn die Verteilungsstellen haben damit zu rechnen, daß diese Karten von anderen Personen zur Einlösung benutzt werden. Die Bevölkerung wird daher gut tun, die Lebensmittelkarten sehr sorgfältig aufzubewahren, so sorgfältig, wie man das bei Papiergeld und Banknoten zu tun pflegt.“

So richtig es ist, die Karten gut aufzubewahren, um sich vor Unannehmlichkeiten zu schützen, so sollte in geeigneten Fällen nicht allzu schematisch verfahren und Härten vermieden werden.

Die neue Karten Ausgabe.

Am heutigen Tage beginnt die Zuteilung der Brotkarten, der Butterkarten, der Fleischkarten und der Zuckerkarten für die nächste Geltungsperiode. Die Ausgabe der Karten durch die Hausbesitzer oder die Hausverwalter an die Haushaltungsvorstände ist nur gegen deren Quittungsleistung zulässig.

Da der 25. Juni auf einen Sonntag fällt und sich hieraus für die Inhaber von Tagesbrotkarten vielleicht Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Seife ergeben könnten, ist zugelassen worden, daß die auf den 25. Juni lautende Tagesbrotkarte zum Bezuge von Seife auch noch am Montag, den 26. Juni, berechtigt.

Die Erhöhung der Milchpreise.

Der Arbeitsausschuss der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Gemeindebehörden der ihr angeschlossenen Städte zu empfehlen, den Höchstpreis für Milch auf 82 Pf. festzusetzen. Der Beschluß wurde notwendig infolge der durch die bekannte Ministerialverordnung erfolgten Festsetzung eines Erzeuger-Höchstpreises von 24 Pf. Bisher hatte der Produzenten-Höchstpreis nicht bestanden. Der seit Oktober vorigen Jahres festgesetzte Kleinhandels-Höchstpreis von 80 Pf. war auf den damals üblichen Produzenten-Höchstpreis von 22 Pf. gestützt. Nunmehr ergab sich bei der bisherigen Spannung von 8 Pf. zwischen dem Produktionspreis und dem Verkaufspreis ein Kleinhandels-Höchstpreis von 82 Pf. Eine Erhöhung der Spannung tritt mithin nicht ein.

Keine Höchstpreise für ausländisches Mehl.

Bekanntmachung. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 8. 1851 und des Reichsgesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. 8. 1914 (R. G. Bl. S. 339) nebst dessen Abänderungen bestimme ich für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin: Die in meiner Bekanntmachung vom 28. 1. 1916 — D. Nr. 61101 — festgesetzten Kleinhandels-Höchstpreise für Mehl finden auf den Verkauf ausländischen Mehls keine Anwendung. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken. gez.: von Kessel, Generaloberst.

Erhöhung der Kartoffelmenge.

Der Arbeitsausschuss der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth über die weiterhin auszugebende Kartoffelmenge beraten. Es wurde beschlossen, dem neuen Abschnitt (Abschnitt 9) der Kartoffelkarte bereits von Donnerstag, dem 22. Juni, ab Wirksamkeit zu verleihen, und zwar derart, daß er zunächst für eine Woche zur Entnahme von 5 Pfund berechtigt. Für diese Woche soll, um demnächst für den noch verbleibenden Zeitraum eine neue Karte drucken zu können, der Abschnitt 9 der Kartoffelkarte nur zur Hälfte abgetrennt werden. Es ergibt sich hieraus gegenüber der jetzigen Regelung für's erste eine Verbesserung um zwei Tage.

Speisung von Kranken.

Unter dem Vorsitz des Stadtmedizinalrats Geheimerat Dr. Weber traten im Rathaus Berliner Ärzte zusammen, um über die Frage der Speisung von Kranken zu beraten. Es gibt eine große Zahl Berliner Kranken, denen eine bestimmte Diät vorgeschrieben wird von den Ärzten. Unter den heutigen Verhältnissen ist es aber oft schwierig, die ärztlichen Vorschriften stets pünktlich zu erfüllen. In Krankenhäusern ist das eher möglich. Sobald aber die Kranken zu ihren Familien zurückkehren, oder in ihrem Heim verbleiben, beginnen die Schwierigkeiten. Die Ärzte waren sich darüber einig, daß diesen Schwierigkeiten durch eine sogenannte Krankenliste begegnet werden kann. Es wurde ein Ausschuss gewählt zur Vorbereitung der erforderlichen Schritte, die voraussichtlich den Erfolg haben, daß von solchen zentralen Krankenkassen aus eine von ärztlicher Seite vorgeschriebene Krankenliste ins Haus geliefert wird.

Arbeiterbildungsschule.

Morgen, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, Hof IV, rechts 3 Treppen, der vierte wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Genosse Emil Eichhorn wird an Stelle des verhinderten Genossen Eduard Vernstern das Thema: „Die Aufhebung der Kornzölle in England“ behandeln. Dies wirtschaftlich und politisch wichtige Ereignis fiel in die Juniwoche des Jahres 1846. Da es aber eng mit der bedeutsamen Frage: „Freihandel oder Schutzzoll“ zusammenhängt, hat es auch heute nach 80 Jahren Bedeutung. Eintrittspreis 10 Pf.

Ein schwerer Unfall.

Bei welchem zwei Arbeiter schwer verletzt wurden, ereignete sich am gestrigen Dienstagvormittag gegen 9 1/2 Uhr in der Maschinen- und Armaturenfabrik von Paul Rodland in der Rathborstr. 5. Dort waren um die genannte Zeit mehrere Arbeiter damit beschäftigt, in der Siederei Altmaterial von Metallen zu sortieren. Unter den Eisenstücken befand sich auch, wie nachträglich festgestellt wurde, ein Granatenzünder, und zwei der Angestellten, der Arbeiter Georg Weishuhn, Skaliger Str. 41, sowie der Arbeiter Müller, Reichberger Str. 89 wohnhaft, machten sich daran, dieses Stück Metall aufzuschlagen, um es dann später in den Schmelztiegel zu werfen. In demselben Augenblick explodierte der Granatenzünder und die beiden Arbeiter sanken schwerverletzt zu Boden. Beiden wurden die Hände abgerissen, und Müller erlitt außerdem noch schwere innere Verletzungen. In sehr bedenklichem Zustand wurden die Verwundeten nach dem Urban-Krankenhaus mittels Krankenwagens überführt.

Auf dem Tiefbahnbau verunglückt.

ist gestern morgen die 88 Jahre alte Arbeiterin Frau Minna Wilm aus der Antonstr. 6, die auf der Baustelle an der Ede-Friedrich- und Wehrenstraße beschäftigt war. Hier wurde sie von einem fallenden Eisenträger schwer getroffen. Ein Fuß wurde der Unglücklichen zerquetscht, so daß er abgenommen werden muß, der andere gebrochen. Die Verunglückte wurde nach der Charité gebracht.

1500 Mark Belohnung.

Zu dem großen Einbruch in Orebereiche, bei dem die Täter für 60 000 M. bares Geld und Wertpapiere erbeuteten, wird mitgeteilt, daß auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Werte jetzt eine Belohnung von 1500 M. ausgesetzt worden ist. Nach den weiteren Ermittlungen ist es gewiß, daß die Einbrecher Berliner sind. Es sind drei Mann, die der Wächter in zwei

Nächten dort gesehen hat, ohne zu ahnen, daß sie Löses im Schilde führten. Sie drängen auf dem am Eingange des Dorfes belegenen Fabrikgrundstück der Märkischen Holz- und Pappstoff-Fabriken vom Hofe aus durch eine nur einfach verschlossene Tür in die Kontorräume ein und drachen dort nach Art der gewerksmäßigen Knader drei Geldkisten auf. Unter den 20 000 M., die ihnen an barem Gelde in die Hände fielen, befanden sich 3000 M. in Silber und für 800 M. Kleingeld.

Ein vielseitiger Betrüger, der wegen Urkundenfälschung, Heiratschwindel und anderer Schwindelereien schon seit geraumer Zeit von den Kriminalbehörden gesucht wurde, ist am gestrigen Freitag dingfest gemacht worden. Es handelt sich um den 30 Jahre alten, schon vielfach vorbestraften Sattler Hans Kämpfe aus Alt-Damm, der überall in den westlichen Vororten und in Berlin nur kurze Zeit und unangemeldet bei Kriegswitwen Wohnung genommen hat. So überredete er ein Fräulein, der er die Ehe versprochen hatte, mit ihm eine gemeinschaftliche Wohnung zu beziehen, deren Möbel von dem Mädchen bezahlt wurden. Er verkaufte dann und verpfändete ihr ganzes Hab und Gut und verschwand mit den Pfandscheinen. Einer Witwe in Neutölln stahl er eine sehr kostbare Uhr und andere wertvolle Gegenstände. Auch als Festschwindler ist er aufgetreten und hat als solcher eine große Zahl von Kriegswitwen und Arbeiterfrauen empfindlich geschädigt.

Wer ist die Tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. Mai 1916 ist bei Ostfriedhof die Leiche einer Person weiblichen Geschlechts aus der Spree gefischt worden, deren Persönlichkeit bisher nicht aufgefunden werden konnte. Sie ist etwa 20-30 Jahre alt und 1,61 Meter groß. Velleidet war sie mit grünem Jackett, schwarzem Rock, blauer Alpaka-Büste, braunen Strümpfen, hohen Knöpfschuhen und weitem mit den Buchstaben M. L. gezeichnetem Domb. Wegen bereits zu weit fortgeschrittener Verwesung der Leiche sind von derselben keine Lichtbildaufnahmen gemacht worden. Jedoch werden bei der Polizeiverwaltung in Friedrichshagen Kleidungsstücke, die zur Wiedererkennung der Toten dienen können, aufbewahrt. Sachdienliche Angaben nimmt der 8. Kriminalbezirk in Berlin, Zimmer 890 des Königl. Polizeipräsidiums, zu 1144 IV 12, 16. entgegen.

Ein großer Dachstuhlbrand rief gestern Abend die Schöneberger Feuerwehr nach der Salzburger Straße. Dort brannte der Dachstuhl des großen Schaufes an der Postel-Bauhausstraße Nr. 18 in ganzer Ausdehnung. Die Mieter hatten fluchtartig die Wohnungen in den obersten Geschossen räumen müssen. Mit vier Schlauchleitungen wurde angegriffen und es gelang nach längerer Beschäftigung gegen 9 Uhr das Feuer in die Gewalt zu bekommen. Die Entschädigung konnte noch nicht ermittelt werden.

Zum Nordprozess Franke. Das Reichsgericht hat gestern die Revision, die von den beiden Frauenmörderinnen Johanna Ullmann und Anna Sonnenberg gegen das über sie verhängte Todesurteil eingelegt worden war, verworfen.

Gesperrt. Die Kreuzung Müller- und Selterstraße im Zuge der Selterstraße ist wegen Untergrundbahnarbeiten bis zum 24. Juni für den Fahrverkehr gesperrt. Die Selterstraße wird durch den Straßendammüberbau gesperrt werden. — Auch die Schulendorfer Straße zwischen der Müller- und der Kuntelstraße ist wegen Erdarbeiten auf kurze Zeit gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

Gleich nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Stadtverordnete Dr. W a n g e m a n n (Lis. Frakt.) folgende Erklärung ab: Die von ihm und einigen Kollegen unterzeichneten Anträge, die bezwecken, ein Verfahren für Dürrgemüse zu errichten, sowie anderweitige Ausnutzung der Lebensmittelreste und Einführung der Leberpaste, sind in der Lebensmitteldeputation beraten worden und ist ihm die Überzeugung geworden, daß die Anträge nicht aufrecht erhalten werden können und hiermit erledigt sind. Es ist nur zu bedauern, daß der Magistrat sich in Schweigen hält und die Verantwortung selbst nicht übernimmt.

Für die Unterstützung der Angehörigen mobiler Mannschaften sind seit Ausbruch des Krieges 7 700 000 M. bewilligt worden, für Mietunterstützungen 1 457 000 M. Es werden jedoch weitere Mittel erforderlich in Höhe von 8 700 000 M. für Unterstützung und 1 400 000 M. für Mietzuschuß, insgesamt über 5 Millionen Mark. Diese Mittel sollen vorschauweise aus einer zu bewilligenden Anleihe zur Verfügung gestellt werden. Die Versammlung stimmte dem zu.

Infolge eingetretenen Mangels an geeigneten männlichen Straßeneinigern sollen Frauen eingestellt werden, denen ein Stundenlohn von 40 Pf. zugewilligt wird. Genosse R u t e r erklärte, daß es unmöglich ist, die einzustellenden weiblichen Arbeitskräfte mit demartig niedrigen Löhnen abspießen zu wollen. Es müssen die tariflichen Sätze zur Anwendung gelangen und ein Anfangslohn von 25 M. pro Woche gewährt werden.

Da sich an der Debatte niemand weiter beteiligte, so wurde mit 18 gegen 8 Stimmen beschlossen, den weiblichen Arbeitsträgern der Straßeneinigung wöchentlich 25 M. Lohn zu gewähren. Nachdem einige Nachbewilligungen beschlossen, fand geheime Sitzung statt.

Einführung einer einheitlichen Fleischkarte im Kreise Teltow.

Vom 26. Juni 1916 ab wird für sämtliche Gemeinden Groß-Berlins, einschließlich des Gesamtbezirks des Kreises Teltow, eine einheitliche Fleischkarte eingeführt, die nach dem System der Kundenlisten und wöchentlich veränderlicher Fleischmengen eine umfassende Neuregelung der Fleischverteilung bringt und jedem Einwohner ohne Unterschied des Alters die gleiche Fleischmenge sichert.

Zur Vorbereitung dieser Regelung wird für die Gemeinden des Kreises mit weniger als 10 000 Einwohnern und die Gutsbezirke angeordnet:

- Jeder Fleischer und Fleischverkäufer hat sofort Listen auszugeben, in die die Kunden unter genauer Angabe der Zahl der Haushaltungsangehörigen mit laufender Nummer einzutragen sind.
- Jedem Kunden ist über die erfolgte Eintragung von dem Fleischer oder Fleischverkäufer eine Bescheinigung auszustellen.
- Es ist seitens der Gemeinden und Gutsbezirke dafür Sorge zu tragen, daß jeder Einwohner in eine Kundenliste eingetragen wird.
- Soweit in den einzelnen Gemeinden oder Gutsbezirken kein Fleischer oder Fleischverkäufer vorhanden ist, haben die Anmeldungen zu den Kundenlisten bei Fleischern oder Fleischverkäufern eines Nachbarortes zu erfolgen; doch muß dieser Nachbarort zu dem gleichen Kriegswirtschaftsbezirk gehören, dem der Wohnort des Anmeldenden zugeteilt ist.

Heim für Kriegswitwen und Waisen in Weihenstephan.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, das Haus Trarbach Str. 14 in der Zwangsversteigerung anzukaufen, um dort Kriegswitwen mit großer Kinderzahl gegen einen billigen Mietzins unterzubringen. Für diesen Zweck ist bereits ein Fonds von 20 000 M. vorhanden.

Zur Generalversammlung in Wilmerdsdorf.

Vom dortigen Vorstand wird uns mitgeteilt, daß die am 14. Juni stattgehabene Generalversammlung mit großer Mehrheit zum Ausdruck brachte, daß das in der Verammlung vom 1. Mai abgelehnte Amendement, welches eine Wiedervereinigung beider Fraktionen wünschte, nicht nur aus formalen Gründen — da der Antrag nicht mehr rechtzeitig zur Kreisgeneralversammlung eingebracht werden konnte —, sondern aus prinzipiellen Gründen abgelehnt wurde, da die Mehrzahl der Redner der Auffassung war, daß eine Einigung jetzt nicht möglich sei.

Gerichtszeitung.

Ein Berliner Familien drama vor den Potsdamer Geschworen.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht hatte sich gestern die Krankenpflegerin Frau Luise Albrecht aus Berlin, die wegen verführten Mordes an ihren beiden jüngsten Söhnen angeklagt war zu verantworten. Die jetzt 40 Jahre alte Angeklagte, die seit 1908 von ihrem Mann, einem Rusler, getrennt lebt, verdiente als Krankenpflegerin ihren Lebensunterhalt, und war zuletzt am Luisenheim in der Kleiststraße 4 in Berlin tätig. Während sich ihr ältester Sohn im Felde befindet, ist der zweite Sohn, der am 25. Mai 1899 geborene Felix, in Potsdam bei einem Schmiedemeister in der Lehre; ihr jüngster Sohn Herbert wird im Johannisstift zu Spandau erzogen. Von dort hat sie ihn seinerzeit zu einem Spaziergang nach Potsdam. Nach dem Spaziergang begab sie sich mit ihren Söhnen auf das Zimmer des Felix, gab diesen dann Wein zu trinken, in den sie vorher Veronal und Morphium geträufelt hatte. Felix wurde davon betäubt und fand bei seinem Erwachen die Mutter und den Bruder in einer Blutlache liegen. Die Mutter hatte sich und ihren Sohn Herbert inzwischen der Pulsadern geöffnet. Nach längerer Krankenhausbehandlung wurden alle drei Personen wiederhergestellt. In der gestrigen Verhandlung wurde von einem als Sachverständigen vernommenen Arzt betont, daß die Ausführung der Tat seiner Ansicht nach unter Zwangsbedingungen stattgefunden habe, so daß der Schutz des § 51 in bezug auf die Tat und den dazugehörigen Gedankenkreis angeht werden könne. Die Geschworenen verneinten daher beide Schuldfragen. Die Angeklagte wurde freigesprochen.

Die Unterschlagungen eines städtischen Steuererhebers

Beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts I, welches unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Lehmann eine neue Tagung zusammengetreten ist. Wegen Amtsverbrechens und Urkundenfälschung hatte sich der Hilfs-Steuererheber Ernst Goldstaub zu verantworten. Der Angeklagte, ein 27 Jahre alter, krankenkranker Mann, der seit zwei Jahren verheiratet ist, war bis zum Ausbruch des Krieges als Kaufmann und Agent tätig. Als dann seine Erwerbsquellen verstopft wurden, bewarb er sich bei dem Berliner Magistrat um Beschäftigung und war zunächst im Kriegsministerium tätig; dann wurde er als Hilfs-Steuererheber beschäftigt und am 30. August 1915 als Beamter vereidigt. Er erhielt täglich 4,20 M. Dotation und außerdem 500 M. für das Jahr zur Deckung von Unkosten u. dgl. Schon im August begann er mit Unterschlagungen einflussreicher Steuerbeträge, wie er behauptet infolge eines unaufgeklärten Fehltrages, den er durch Steuerumgehen, die er in das Einkommenbuch nicht eintrug, zu begleichen wußte. Dann folgten Schlag auf Schlag weitere Veruntreuungen: er machte immer ein Loch auf, um ein anderes zuzudecken. Als er davon erfuhr, daß eine Revision bei ihm abgehalten werden sollte, hat er versucht, sich mit Hilfe von Urkundenfälschungen zu retten. Er ging zu 88 Steuerzahlern, die ihm die Steuer bereits entrichtet hatten, und ließ sich unter dem Vorgeben, daß es sich um die Aufführung eines Rechenfehlers in den Listen handle, deren Quittungen wieder einzuhandeln; dann veränderte er das Datum der Quittungen durch Rasuren, radierte auch sein Empfangszeichen aus und wollte auf diese Weise den Anfein erwecken, als ob es sich um noch ausstehende Beträge handelte. Die Sache wurde jedoch entdeckt und Goldstaub verhaftet. Er behauptete, daß er durch den ersten größeren Fehltrag auf die schiefe Ebene getrieben worden sei und so nach und nach 5577 M. unterschlagen habe. Andererseits wurde festgestellt, daß der Angeklagte Hunderte von Mark dazu verwendet hat, um seiner Frau Schmuckstücke, Brillantringe, eine Pelzgarnitur zu schenken, auch hat er 1000 M. in Hoppengarten verweilt. — Staatsanwaltschaftsrat Hofstaedt beantragte das Schuldig im Sinne der Anklage, der Verteidiger, Jurist Dr. Paul J. J. ers, empfahl den geschädigten Angeklagten der Milde des Gerichts. — Goldstaub wurde unter Zustimmung mildernden Umstände zu zwei Jahren Gefängnis und Ehrverlust auf fünf Jahre verurteilt. Vier Monate Unterjuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Unglaubliche Schmutzerien im Molkereibetriebe

Hat sich der Metzler Josef Jäger zuschulden kommen lassen, der gestern wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem Strafhammer des Landgerichts III stand. Der Angeklagte war im Sommer v. J. als Schweizer auf der Domäne Dahlen angestellt und hatte die Verwaltung eines der Kuhställe unter sich. Nach seinem Vertrag berechnete sich sein Verdienst nach der Menge Milch, die er der Verwaltung abliefern sollte. Er hatte also ein großes Interesse daran, stets reich viel Milch aus seinem Stall zur Ablieferung zu bringen. Um dies zu erreichen, wandte er eine abscheuliche Streck-Methode an: er setzte der Milch recht ansehnliche Mengen Wasser hinzu, und da es aufgefäßen wäre, wenn er sich das Wasser aus dem Kuhstall geholt hätte, so benutzte er dazu das Eimerwasser, in welchem sowohl er als auch die Melkerinnen sich ihre schmutzigen Hände abgewaschen hatten. Diese Verschmutzungen haben mehrere ihm unterstellt gewesene Personen beschworen. Nicht genug damit: wann die in dieser unappetitlichen Weise gestreckte Milch dann in die Milchtröge gefüllt war, bildete er es nach dem Zeugnis der Belastigten, daß Hunde und Katzen, die sich im Stalle aufhielten, zunächst sich an der Milch gütlich taten. Es war ihm wiederholt nahegelegt worden, das Viehzeug aus dem Stalle zu entfernen, er hielt die Sache aber für „gar nicht schälim“. — Das Charlottenburger Schöffengericht hatte den Angeklagten aus § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt und auch den Prof. Dr. J. u. d. e. n. a. d. als Sachverständigen geladen. Dieser bezeugte das Verfahren des Angeklagten als eine haarsträubende Schweinerei. Die Milch sei nicht nur in ekelregender Weise verfälscht, sondern es liege auch eine große Gefahr für die Gesundheit des kaufenden Publikums vor, da die auf diese Weise in die Milch geratenden Mikroben einen vorzuziehenden Nährboden in dieser vorfinden. — Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht hielt die vom Vorbericht festgesetzte Strafe zwar auch für zu gering, hob deshalb das erste Urteil auf, verurteilte aber den Angeklagten doch nur zu der recht milden Strafe von sechs Wochen Gefängnis und rechnete ihm noch drei Wochen auf die Untersuchungshaft als verbüßt an.

Aus aller Welt.

Wirkungen der Schuldliteratur.

Im vorigen Monat machte das Bürgermeisteramt Offen-burg (Waben) bekannt, daß eine größere Geldsumme gefunden wurde und vom Eigentümer abgeholt werden kann. Wie sich jetzt erst herausstellte, handelt es sich bei jenem Funde, der im Stadtwalde von Familienangehörigen städtischer Beamter gemacht wurde und 3333 Mark enthielt, um den ersten, aber mihlungeneren rüberlichen Versuch, welcher von den Gaunern bei einem zweiten Anlaufe zur Vollenbung gebracht wurde. Jenes Geldpaket wurde von der Frau des Textildirektors Bauer in Offenburg, welcher als Major der Infanterie im Felde steht, im Stadtwalde an einer Stelle niedergelegt, welche dieser reichen Dame in einem mit Ermordung drohenden Briefe den Ort bezeichnet wurde, wo sie die rettende Postsumme in diskreter Weise deponieren müsse. Als die erste Spende nicht in die Hände der geheimen Expreßer gelangt war, griff die Frau Major auf eine Briefliche drohende Mahnung nochmal in den Kassettschrank und hat jetzt durch die waltende Nemesis die Bestätigung, daß der zweite Schatz im Waldesbüschel von dem als Briefschreiber legitimierten Brandstahler abgeholt wurde. Es wurden am Donnerstag drei

Offenburger Jünglinge im Alter von 15 Jahren in das Gefängnis gelegt, welche sich in diesen Zeiten der allgemeinen Daseinsnot durch einen ippigen Lebenswandel auffällig gemacht hatten. Sie gaben viel Geld verschwenderisch aus, kauften Fahrräder, auf denen sie nach dem Kurort Baden-Baden eilten. Die Familien dieser Jungen, deren einer das Gymnasium besucht hatte, sind adlige, nicht zu den reichen zählende Leute. Einer hatte, mit glänzendem Volksschulzeugnis ausgestattet, die Zulassung für die Aufnahme in ein staatliches Lehrerseminar erhalten. Von den Offenburger Pädagogen wurde jetzt festgestellt, daß das Räuherfleißblatt zu jenen Schülern gehörte, bei denen die bekannte Schundliteratur der abenteuerlichen Romantik in Mengen vorgefunden worden ist. Es soll der an Frau W. gerichtete Drohbrief aus einer Räuhergeschichte kopiert sein. Allerdings ist an dem Weltgen der Brandstahlung das schwer verständliche Benehmen dieser Frau Major mitschuldig, die in Unwissenheit ihres Mannes als Prokuristin der großen Fabrik aufgestellt wurde.

Unwetterkatastrophe in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet: In der nördlichen Moldau wurden durch Stürme, Hagelschlag und Regen große Verheerungen angerichtet. In Jassy wurden bei dem Unwetter gegen fünfzig Personen getötet oder verwundet. Die Seelen sind vollständig vernichtet, die Bahnverbindungen durch Ueber-schwemmungen und Dammbriüche unterbrochen.

Schweres Brandunglück in Liverpool. Im „Imperial-Hotel“ zu Liverpool brach ein Brand aus, der das Gebäude vollständig zerstörte. Sechs Personen kamen dabei ums Leben und elf erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Parteiveranstaltungen.

Treptow-Baumkultenweg. Donnerstag, den 22. Juni 1916, abends 8^{1/2} Uhr, Mitgliederberammlung des Wahlvereins der Rubel in Treptow, Am Treptower Park 68, Ecke Parkstraße. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Besichtigendes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wilmerdsdorf. Donnerstag, den 22. Juni, findet in der Restauration von Schäfer, Ecke der Brandenburgerischen und Wambolter Straße eine Mitgliederberammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Bericht von der Kreisgeneralversammlung“.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburger Arbeiterjugendheim. Sonnabend, den 24. Juni, Sonnenwendfeier bei Bernau. Kosten 50 Pf. Treffort pünktlich 8 Uhr am Bahnhof Jungfernheide.

Friedrichshagen. Heute abends 8^{1/2} Uhr, findet im Jugendheim, Schanzenstraße 55, ein Vortrag der Genossin Frau Burm statt über „Jugend und Ziele der Jugendbewegung“. Die Eltern werden besonders auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht und gebeten, zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

— **N. B. 2.** 1. Sofortige Entlassung bei länger dauernder Krankheit ist unzulässig. Die Ausstellung eines Beschlusses müssen Sie zunächst vom Arbeitgeber verlangen. 2. Eine Reklamation ist in diesem Falle zwecklos. 3. **N. B. 59.** Ein Teil der Anwaltsgebühren wird nicht gezahlt. Die Mutter kann nur Anspruch auf Witwenrente erheben, wenn sie selbst dem Sinne des Gesetzes nach invalid ist. Antrag ist an das Versicherungsamt Berlin, Klosterteil, 65/67 einzureichen. — **Frieda 1016.** Ein begründeter Antrag auf Auszahlung des Sparguthabens ist an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landsberger Str. 44/45 unter Angabe der Sparkasse und der Nummer des Sparschreibens zu richten. 2. Wenn Ihre Söhne vor ihrer Einberufung nachweislich zu Ihrem Unterhalt beigetragen haben, können Sie unter Einreichung des Unterhaltungsbescheides, den Sie von Ihrem Sohn einfordern müssen, bei der zuständigen Steuerkasse Antrag auf Unterstützung stellen. Die Unterstützung beträgt monatlich 15 Mark.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Ein wenig wärmer, vielfach heiter, aber noch unbeständig und besonders im östlichen Küstengebiet wiederholte, meist leichte Regenschauer.

Kranken- und Begräbniskasse der Seilensieder und Berulsgenossen zu Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unter langjähriges Vorstandsmittglied, der Schlosser August Darnedde nach schwerem Leiden verstorben ist. Sein arbeitstüchtiges Wirken für die Interessen der Kasse werden ihm bei uns ein dauerndes Andenken bewahren. 25/16 Der Vorstand. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bitten D. D.	Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 19. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied Gertrud Raddatz im Alter von 24 Jahren. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 8 ^{1/2} Uhr, auf dem Georgen-Friedhofe in Weihenstephan, Roedelstraße, statt. 27/16 Die Ortsverwaltung.
Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser August Dornedde am 17. Juni an Wahnma gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Rege Beteiligung erwartet 118/18 Die Ortsverwaltung.	Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter Robert Nittmann von der Firma Kump, Ritterstraße 11, am 12. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! 65/16 Die Bezirksverwaltung.
Max Buczat A. Grenadier-Regiment, 2. Komp. Die tiefbetraubten Eltern Johs Buczat und Frau, Hans Buczat (im Felde) und Frau, Franz Buczat (im Felde), Walter Buczat (im Felde) als Brüder. Willi Peter (im Felde) und Frau geb. Buczat, Ernst Hähnke (im Felde) und Frau geb. Buczat als Schwäger. 4111 Du sanft dahin, wie Rosen sinken, wenn sie in voller Blüte stehn. Schlaf wohl, es ist kein Wiedersein.	Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter Elise Tornow sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Verband der Freien Bäst- und Schanwirte (Pauline Oberschneeweide), dem Gefangenenhilfsverein sowie Herrn Kott für seine Worte am Grabe der Entschlafenen unsern herzlichsten Dank. Paul Tornow und Tochter.